

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Weimargebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonnabendbeilage 'Welt und Reich' mit 'Gedanken und Meinungen', sowie der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' und der Frauenbeilage 'Frauenwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Goldpiennig 100 Milliarde

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1.- Goldmark, 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 0,25 Goldmark (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Werte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark, Eine Goldmarke ein Talar stellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Verlagsbüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Drucken von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295 Verlag: Donhoff 2506-2507

Donnerstag, den 3. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkonten: Berlin 375 36 - Postkonten: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Deubertstraße Lindenstraße 3

Lärm szenen in der Kammer.

Der als Fälscher bezeichnete Kriegsminister schimpft einen Kommunisten: Boche-Abvokat.

Paris, 2. April. (W.T.B.) Die Kammer besprach weiter die Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung. Der Antrag des Publikums ist weniger stark als gestern. Der dritte Interpellant, Abg. Lacotte, erklärt, er müsse aus der Zusammenkunft des Kabinetts einen Frontwechsel in der Außenpolitik herleiten, und klagt die Regierung an, daß sie dem Lande die Wahrheit verhehle, und es so zum Ruin führe. Da Ministerpräsident Poincaré in diesem Augenblick den Sitzungssaal verläßt, unterbricht sich der Abgeordnete und erklärt, da er den Außenminister interpelliere, werde er nur in seiner Gegenwart sprechen. Es entsteht eine Pause. Als der Ministerpräsident den Sitzungssaal wieder betritt, fährt Lacotte fort, indem er lebhaft die Finanzpolitik Poincarés kritisiert.

Der nächste Interpellant, der radikale Abg. Ferdinand Buisson, beschäftigt sich ausschließlich mit innerpolitischen Fragen, u. a. mit dem Tod des jungen Daubert und der Angelegenheit Cachin. Er tadelt die innere Politik des Kabinetts.

Poincaré erwidert, er habe die höchste Achtung vor Buisson. Der frühere Finanzminister habe bei der Stellung der Vertrauensfrage, die gegen die Regierung entschieden worden sei, keine Pflicht getan. Erst nach langem Nachdenken habe er es für richtig befunden, das Ministerium zu verlassen. Es sei ihm schwer geworden, sich von seinen langjährigen Ministerkollegen zu trennen. Ich habe niemanden verraten, rufi Poincaré. Auch über Baumoury, den früheren Minister des Innern, findet Poincaré freundschaftliche Worte. Er habe die parlamentarischen Regeln befolgt, auch indem er Persönlichkeiten aus der neuen Mehrheit berief, nachdem die frühere Mehrheit zur Minderheit geworden sei. Poincaré erklärt, er habe sich an Männer wenden müssen, die nicht immer für ihn gestimmt haben, deren Wert man aber allgemein anerkenne. Alle hätten ihm erklärt, daß für sie Gesetz Gesetz sei. Infolgedessen würden die Ermächtigungsgesetze in den bestimmten Fristen zur Anwendung kommen. Poincaré wendet sich dann gegen die Ausführungen von Forquet und dann zu verschiedenen Angriffen gegen den Kriegsminister, wobei sich

Fälschung ist. (Zurufe links: Sie sind ein Fälscher. Lärm rechts und in der Mitte.) Auf eine weitere Bemerkung des Kriegsministers ruft der Kommunist Berthon aufs neue: Fälscher! — Der Kriegsminister in großer Erregung ruft ihm zu: 'Sie Boche-Abvokat' (lang andauernder Lärm äußerst links, neuer Lärm.) Der Präsident erklärt, er habe kein beleidigendes Wort gehört. (Neuer Lärm.) Berthon: Der Kriegsminister hat mich einen Boche-Abvokaten genannt. Hat der Kriegsminister den traurigen Mut, das zu wiederholen? Der Kriegsminister: Sie haben mich Fälscher genannt.

Berthon erklärt u. a.: Ich habe in meinem Beruf Klara Zetkin verteidigt und diese Deutsche ist mir lieber als mancher Franzose. (Beifall äußerst links, Protest rechts.) Poincaré ruft: Ich muß mich wundern, daß Sie einen so tapferen Soldaten wie Herrn Maginot auch nur bedingungsweise einen Fälscher nennen können. Maginot erklärt: Berthon, ich verechte Sie. (Lärm.) Der Kommunist Lafont entgegnet: Wird dieser Herr nicht zur Ordnung gerufen? Er hat sich wieder regelhaft benommen. (Der Präsident ruft zwar nicht den Kriegsminister zur Ordnung, aber dafür Lafont. Als Lafont protestiert, wird auf Verlangen der Mitte die Zensur (Ausschließung) über ihn verhängt. Erst dann kann Poincaré seine Rede schließen.) Auf die Frage Forquets, für welchen Block sich der Ministerpräsident entscheide, den Block der Linken, der Mitte oder den Nationalen, antwortet der Ministerpräsident, daß er keine treue Majorität nicht zu verlassen gedenke. Diese Bemerkung erregt einiges Beifremden, da Poincaré am Anfang der Rede erklärt hatte, daß die Mehrheit jetzt zur Minderheit geworden sei. Aber mit einem lächeln Uebergang verläßt Poincaré das gefährliche Gebiet der inneren Politik und kommt zur äußeren Politik, d. h. er wiederholt die oft gehörte 'Begründung' des Ruhr-

Poincaré verlangt von der Kammer, daß sie sich mit den Personenfragen nicht weiter beschäftigen und die Regierung nach ihren Absichten und ihren Handlungen beurteile. Zu dem Vorwurf der Dokumentenfälschung habe Maginots Verlesung eines Berichts des im Rheinland kommandierenden Generals Maguena u. über antimilitaristische Propaganda in der französischen Rheinarmee geführt. In den anschließenden hitzerischen Auseinandersetzungen wendet sich Berthon drohend gegen den Kriegsminister. Die Soldaten versperren ihm den Weg, damit er nicht zur Ministerbank gelangen kann. Eine Anzahl kommunistischer Abgeordneter eilen ihm zu Hilfe, so daß ein großer Tumult entsteht. Der Kriegsminister spricht im Lärm weiter und erntet damit den Beifall der Kammermehrheit. Der Präsident Arogo kann die Ruhe nicht herstellen. Er fordert die Sozialisten und Kommunisten auf, sich auf ihre Plätze zu begeben; er werde am Schluß der Sitzung ihnen Gelegenheit geben, sich gegen die Ordnungsmaßregeln zu vertheidigen. Trotzdem beruhigen sich die Kommunisten nicht. Die Szene dauert 10 Minuten, worauf die Sitzung unterbrochen wurde.

Schließlich wurde die Fortsetzung der Debatte nach 8 Uhr abends auf Donnerstag nachmittag vertagt.

Lärm szenen

abspielen. Poincaré nimmt den Kriegsminister gegen die Beschuldigung in Schutz, er habe gefälschte Dokumente als echt bezeichnet. Kriegsminister Maginot erklärt, die Rheinarmee sei der antimilitaristischen Propaganda derart ausgesetzt (stürmische Unterbrechung links), daß die Kriminalpolizei mit dem Justizbüro des Generalsstabes zusammenarbeiten müsse. Senerzeit als falsch bezeichnete Dokumente seien inzwischen als richtig genannt worden. (Lebhafte Unterbrechung links.) Er habe durch Weitergabe dieser Dokumente an die Kriminalpolizei keine Pflicht getan und er danke ihm. (Beifall rechts und Mitte.) Es kommt alsbald zu einem lebhaften Zwischenfall. Buisson erklärt, daß eines dieser Dokumente von einer internationalen Organisation stamme, die überhaupt nicht mehr bestehe. Poincaré: Der Kriegsminister bestreitet nicht, daß das Dokument eine

Demokratische Außenpolitik.

Von Hermann Müller.

Wir entnehmen den folgenden Aufsatz — mit einigen Kürzungen — dem soden bei J. H. W. Die erschienenen ersten Hefte der 'Gesellschaft', das wir in unserer Morgenausgabe vom letzten Dienstag besprachen.

Wir Sozialdemokraten haben niemals angenommen, daß auf den fürchterlichsten aller Kriege ein sozialistischer Friede folgen würde. Als ich nach der Ermordung von Jaurès am frühen Morgen des 1. August 1914 in Brüssel zu Camille Huygmans kam, drohte der Weltkrieg. Huygmans sagte damals zu mir, daß für den Fall des Kriegsabbruchs der Sozialismus auf zwanzig Jahre zurückgeworfen würde. Er hat nur zu sehr recht behalten. Der Inhalt der Verträge von Versailles, Neuilly, Trianon beweist, daß zu den Unterlegenen des Weltkrieges auch der Sozialismus gehört. Der Militarismus und der Kapitalismus der Entente haben diesen Unfrieden atmenden Verträgen ihren häßlichen Stempel aufgedrückt.

Zum Schaden wurde noch der Hohn gefügt. In die Dokumente eines in der Weltgeschichte noch nicht dagewesenen Gewaltfriedens wurde die Geburtsurkunde eines Völkerbundes eingetragen, von dem zunächst die beiden Großstaaten Deutschland und Rußland ausgeschlossen wurden. Wir Sozialdemokraten haben schon vor der Geburt dieses sogenannten Völkerbundes gegen die Degradierung einer erhabenen Idee Verwahrung eingelegt und, was wichtiger ist, den Weg zur idealen Verwirklichung dieser guten Idee gezeigt. An Stelle einer unheiligen Allianz der herrschenden Regierungen zur dauernden Niederhaltung der besiegten Nationen verlangten die Vertreter der demokratisch-sozialistischen Internationale bereits auf der ersten Konferenz nach dem Weltkrieg, die vom 3. bis 10. Februar 1919 in Bern stattfand, einen Völkerbund, der kein seine Satzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dessen Rat Delegationen der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden sind. Erst wenn der Völkerbund aufhören wird, eine Vertretung der Regierungen zu sein, und wenn die Völker entsprechend der Stärke der politischen Parteien in den einzelnen Ländern in einem Völkerbundsparlament selbst zu Worte kommen werden, wird die Voraussetzung für eine erfolgreiche demokratische Außenpolitik gegeben sein.

Die Durchsetzung einer demokratischen Außenpolitik hängt nach dem Weltkrieg und der ihm folgenden Werra des Unfriedens ab von dem Ausbau des Völkerbundes. Unbeschadet der schärfsten Kritik an dem in jeder Beziehung unzulänglichen Genfer Völkerbund von heute muß die Sozialdemokratie deshalb grundsätzlich für Völkerbunds politik sein. Sie muß es in Deutschland noch mehr sein als in anderen Ländern, weil durch die von dem heutigen Völkerbund verübte Rechtsbeugung gegen die deutlichen Oberdächler, Saarländer, Remer und Danziger in Deutschland eine völkerbundsfeindliche Stimmung ausgezogen wurde, die es zu bekämpfen gilt.

Keinem Volke ist die nationale Selbstbestimmung im Rahmen eines für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts seit dem Abbruch des Weltkrieges mehr vorenthalten worden als dem deutschen, die Oesterreicher inbegriffen, die nur ein Stamm des deutschen Volkes sind. Mit Gewalt wird sich der Deutsche von seinen Fesseln auf Jahrzehnte nicht entledigen können, wie die Anhänger der verunkelten Herrlichkeit von vorpeitern in zornigen Reden und schredlichen Gesten schlechten Weltkennern vorzuphantastieren beliehen.

Der Aufstieg eines neuen Deutschland wird nur auf dem Boden der Demokratie in einem wirklichen Völkerbund möglich sein — in einem Völkerbund, in dem das Recht gegen alle gleichmäßig angewandt wird, und so das Vertrauen geweckt wird, ohne das in einer Gemeinschaft erprießliches Zusammenarbeiten auf die Dauer gar nicht möglich ist. In einem Völkerbund, der Autorität hat, Autocritik, gegründet moralisch auf der Anwendung des gleichen Rechts gegen alle, gegen Große wie gegen Kleine, materiell auf Nachtmittel, die rückwärtslos angewendet werden müssen gegen jeden Friedensstörer, wobei schon der als Friedensstörer zu betrachten ist, der sich über die Satzungen des Völkerbundes hinwegsetzt. Bei der Anwendung der Nachtmittel braucht nicht zuerst ein Militär und Polizei, an Kriegsschiffe und Flugzeuge gedacht werden. Der Weltkrieg hat uns gelehrt, welches Nachtmittel der Boykott, begleitet von einer geschickten Propaganda, sein kann. Die Einschränkung ökonomischer Druckmittel wird in einem Völkerbund mit wirklicher moralischer Autorität leicht machen, seinen Willen zugunsten des Rechts durchzusetzen.

Ein so geearter Völkerbund hätte auch die Instanzen zu schaffen, in denen die Wiederanmachung des Unrechts zu erfolgen hätte, das 1919 verübt wurde. Denn die Sieger von 1919 können nicht für sich in Anspruch nehmen, daß die Karte von Europa so bleibt, wie es damals dem Uebermut der Sieger beliebte, sie zu gestalten. Nur soll das Unrecht von damals nicht dadurch torrigiert werden, daß neues Un-

Vier Jahre Schonzeit!

Die Vorschläge der Sachverständigen.

Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Expertenkomitees traten am Mittwochabend zusammen, um den Termin für die Ueberreichung ihrer Gutachten und Vorschläge an die Reparationskommission festzulegen. Aller Voraussicht nach wird das am Sonnabendvormittag geschehen und zwar in einer feierlichen Sitzung ähnlich der Konstituierung der beiden Kommissionen. Ein großer Teil des Gutachtens befindet sich bereits im Druck. Die beiden Unterkommissionen des Komitees Dawes tagen in Permanenz, um diejenigen Punkte, über die man sich bisher noch nicht geeinigt hatte, endgültig zu klären und zu regeln. Wittermeldungen, die besagen, daß das Komitee Mac Kenna in seinem Bericht die Höhe der aus Deutschland geführten Kapitalien auf rund 8 Milliarden Goldmark veranschlagt haben soll, sind nicht bestätigt worden. Die bereits gemeldete Verbesserung in den Vorschlägen bezüglich der deutschen Eisenbahnen besteht darin, daß man auf die Aushandigung einer zweiten Serie von Vorschlägen an die Allierten verzichtet zu haben scheint. Die dadurch freiwerdenden 2 Milliarden sollen der Aktienbeteiligung des Reiches an den Bahnen zugeschrieben werden. Die Frage der Dauer des Moratoriums war am Mittwochmorgen noch immer in der Schwebe. Einmütigkeit besteht lediglich darüber, daß die Schonfrist für Deutschland mindestens vier Jahre betragen soll, daß aber bereits vom zweiten Jahre ab gewisse langsam ansteigende Leistungen in Aussicht genommen werden können. Eine Entscheidung über deren Höhe dürfte kaum vor Donnerstag erfolgen. Nach der Auffassung unterrichteter Kreise wird die Reparationskommission diese Gutachten und Vorschläge unmittelbar und ohne selbst dazu Stellung zu nehmen, an die alliierten Regierungen weiterleiten, und diese werden wahrscheinlich bereits sehr bald eine Konferenz zu direktem Meinungs austausch zusammenrufen.

Belgische Wünsche.

Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des Brüsseler Korrespondenten des 'Temps' sieht man in den dortigen Regierungskreisen den Vorschlägen der Sachverständigen mit großer Zuversicht entgegen. Man habe die Ueberzeugung, daß sich die alliierten Regierungen sehr schnell darüber zu verständigen in der Lage seien. Eine baldige Zusammenkunft der alliierten Regierungschefs werde um so dringlicher erachtet, als die Annahme und Durchführung der Sachverständigen vorschläge die vorherige Regelung dreier wichtiger Vorfällen zur Bedingung habe.

1. der Plan progressiver ansteigender Amnütillen und die Absicht einer teilweisen Mobilisierung der deutschen Schuld nach eine Revision des Londoner Zahlungsplans vom Jahre 1921 und im Zusammenhang damit eine Neueinführung der deutschen Gesamtschuld und unermäßig; 2. eine solche Revision sei unmöglich ohne gleichzeitige Liquidation der Frage der internationalen Schulden; 3. darüber hinaus erachtet man in Belgien eine Revision des feinerweit zwischen den Allierten vereinbarten Verteilungsschlüssels für die deutschen Leistungen im Interesse der Gerechtigkeit für dringend erwünscht.

Vertagung der Micum-Verhandlungen.

Köln, 2. April. (W.T.B.) Die auf gestern nachmittag in Düsseldorf angelegte Besprechung zwischen der Micum und dem Sechserausschuß des Ruhrbergbaues ist in letzter Stunde abgesetzt und bis auf weiteres vertagt worden. Wie die 'Kölnische Zeitung' erfährt, wird am 8. oder 9. April die Sitzung stattfinden.

Unruhe in Bulgarien.

Rechts Komitasschi, links Republikaner.

Sofia, 2. April. (Eca.) Die Bewegung der Dynastie in Griechenland hat in Bulgarien heimliche Erregung hervorgerufen. Die Regierung und die Dynastie werden von rechts und links her stark bedrängt. Von rechts drohen die Mazedonier mit Gewaltmaßnahmen, falls ihre etwa 1000 verhafteten Parteimitglieder nicht freigelassen werden. Die Regierung Jankoff erhielt ein Ultimatum in diesem Sinne vom Führer der Mazedonier, General Alexander. Auf dem linken Flügel ist eine allgemeine Bewegung der republikanischen Bestrebungen zu beobachten, die allerdings nicht eine so unmittelbare Gefahr für die Regierung darstellt wie die Drohungen Alexanders. Parallel mit seinem Ultimatum an Jankoff organisiert Alexandroff seine Komitasschi für den Frühjahrszug gegen Serbien.

Ein Engländer ausgewiesen.

London, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Der italienische Korrespondent des 'Daily Herald', der englische Staatsbürger Biglio, ist von Mussolini aus Italien ausgewiesen worden, weil seine Berichterstattung die Interessen Italiens schädige.

recht an seine Stelle gesetzt wird. Denn Unrecht, begangen gegen irgendeinen Volksteil, birgt in sich den Keim zu neuen gewalttätigen Konflikten. Ueber die Staatszugehörigkeit eines Volksteils darf nur entscheidend sein der Wille der Bevölkerung selbst. Ihn nur friedlichen Wege festzustellen, muß ein wahrer Völkerverbund die Normen finden. Wo aber Angehörige verschiedener Nationen gemischt gesiedelt sind, muß ein vom Völkerverbund normierter und garantierter Minderheitenschutz den Angehörigen der beteiligten Nationalitäten die Freiheit gewähren, sich kulturell auszuleben.

Ein „zweiter Buner Krieg“, um das verbrecherische Wort des zweiten Wilhelm zu wiederholen, wäre das Ende der europäischen Kultur. Unter dem Vorwand einer alle Erfindungen der Chemie ausnutzenden „wissenschaftlichen“ Kriegsführung würden die Völker des Abendlandes in eine neue Barbarei versinken. Wer an die hingemordeten zwölf Millionen Männer des Weltkrieges denkt, wird mit daran arbeiten müssen, daß die Methoden einer friedlichen Demokratie endlich und dauernd in der äußeren Politik Europas triumphieren. Nur so wird die einseitige Abrüstung Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens abgelöst werden von einer internationalen Abrüstung, deren Ziel sein muß, die Wehrmacht eines jeden Landes auf das Maß herabzusetzen, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert.

Das ist das Ziel. Der Weg zu ihm ist noch steinig. In den europäischen Staaten ist ebenso wie in Amerika die Herrschaft der Demokratie noch nicht stabilisiert. Der Gewaltfrieden von 1919 war das schlimmste Hemmnis für die Entfaltung der Demokratie. Die deutsche Republik hat sich in dem Weimar Goethes und Schillers eine freie Verfassung gegeben. Aber die Gewaltpolitik, die nun seit fünf Jahren die Ententeregierungen gegen Deutschland angewendet haben, hat auf dem Boden dieser freien Verfassung den Weizen der Reaktion in die Halme schleichen lassen. In keinem Lande ist der Glaube an das siegreiche Vordringen der Gedanken einer friedlichen Demokratie mehr erschüttert als in Deutschland. Den Ruhm davon haben zunächst die Extremen von rechts und links. Die Unzufriedenen geben, verzweifelt an dem Fortschritt der Menschheit, ihre Ideale Stückweise auf und fallen zurück in die Reihen der Gewaltanbeter, entweder dem Hakenkreuz folgend oder dem Sowjetstern.

Hier gilt es, das erschütterte Vertrauen wieder zu wecken. Eine herrliche Aufgabe für die englische Arbeiterregierung, auf die alle Anhänger der deutschen Demokratie große Hoffnungen setzen. Nicht daß sie englische Hilfe für das deutsche Volk heischen. Nein, die Zukunft der europäischen Demokratie hängt in erster Linie davon ab, daß es der Staatskunst englischer Arbeiterführer gelingt, die Basis einer Verständigung für das französische, deutsche und englische Volk zugleich zu finden. Gelingt dieses Bert Ransay MacDonalds und seiner Mitarbeiter, dann wird von der Bildung der englischen Arbeiterregierung eine neue Epoche der Weltgeschichte datieren.

Gelingt es der englischen Arbeiterregierung, eine wahrhafte Völkerverbundspolitik zu inaugurieren, so wird die Geheimdiplomatie der Geschichte angehören, weil dann jeder internationale Vertrag nicht nur am Orte des Völkerverbundes registriert, sondern auch durch das Bureau des Völkerverbundes veröffentlicht werden mußte. Dann wird die demokratische Offenheit der Völkerverbindungen in ihrer gesamten Entwicklung ständig kontrollierbar werden. Damit würde auch der demokratische Sozialismus in allen Ländern den Widerstand zur stärksten Wehrkraft erhalten. Dann müßte es gelingen, nicht zuletzt mit Hilfe der Frauen, in allen Ländern den Nationalismus dauernd niederzuhalten. So könnte der Weltfrieden erst wirklich gesichert werden. Bis dahin müssen wir, insbesondere wir in Deutschland, arbeiten, daß der Wille der friedlichen Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bauern sich auch in der Außenpolitik durchsetzt. Wenn die Völker sich nicht rühren, werden wir kein Völkerverbund bekommen, das diesen Namen verdient.

## Parade eines Gespenstes.

Von Josephus.

In der geräuschvollen lebendigen Hauptstraße erschien in der Mittagsstunde ein Gespenst. Obwar es sprachlich genug war, gehörte es doch keineswegs zu dem Geschlecht jener Gespenster, die in her traditionellen Aufmachung, lautlos und bleichen Angesichts, in Portulaken oder in langen Hemden zu erscheinen pflegen, wenn die Mitternacht schlägt. Im Gegenteil: dieses Gespenst erschien am hellen Mittag, von einer effektvollen Regie mit Lärm in die Straßenfronte geführt, buntgekleidet und von der verblüffenden Wirkung eines Hellkomplotts. Dieses Gespenst war geeignet, im gleichen Maße Graßen wie Aufsehen zu erregen.

Es trug auf dem Kopfe einen Helm aus massivem Metall, an dessen Vorderseite ein königlicher Wappenstein die Schwingen ausbreitete, wie auf dem Schild eines Finanzamtes. Es war ein Prachtempalar der Heroldik, halb schwerte es und halb klebte es, und es hielt genau jene Bage ein, die den meisten herrschaftlichen Symbolen eigen ist und durch die ungewollt zum Ausdruck gebracht wird, wie schwer es den Herrschenden fällt, das auszuführen, was sie gerne durchführen lassen. Um den Oberkörper des Gespenstes spannte sich ein Rock von einer strahlenden Bläue, welche die Farbe des südlichen Himmels weit überlieferte. Die Beine steckten in Hosen, die seitwärts breite rote Streifen trugen, von der Farbe getrockneten Menschenblutes. Die Hosen landeten unsichtbar im Innern der Stiefel, die aus schwarzem Spiegelglas hergestellt schienen. Es war, als hätten sie die Aufgabe übernommen, statt des Kopfes die Bilder der Aufentzuckel aufzunehmen. An die Abfüße waren Sporen geheftet, die unaufhörlich klingelten, wie Miniatur-Warnsignale winziger Radfahrer. An der linken Seite des Gespenstes flapperte ein langes Eisenstück, das oben von einem Korbgriff getränkt wurde. Diesen Griff hielt das Gespenst unter dem linken Arm, ungefähr wie lebendige Menschen eine Aktentasche zu tragen pflegen, oder einen Regenschirm außer Betrieb. Auf beiden Schultern dieser phantastischen Erscheinung klebten Achselklappen. Von ihnen ging ein unbeschreiblicher blendender Glanz aus, als wären sie aus Sonnenzwirne hergestellt und mit Mondschweinsblut durchwirkt.

Dieses märchenhafte Traumbild schritt, Aug und Ohr betäubend, mitten durch eine reale Straße. Es ragte über die meisten Passanten hinaus. Es war wie ein wandelndes Denkmal und man sah es schon von weitem. Es ging mitten in einen Bonnkreis von mindestens zwei Schritten, denn es verschlechte die gebildeten Menschen, so daß sie entweder zurücktraten, oder auswichen und sich erst in einer gewissen Entfernung umwandten, um noch einmal der Gnade dieses felsamen Anblicks teilhaftig zu werden. Ein ständiges feines metallenes Klirren kündete die Erscheinung an. Man vernahm es durch den Lärm der Autos und der knatternden Omnibusräder, der brummenenden elektrischen Drähte und der klingelnden

## Hakenkreuz und Reichsregierung.

Reputation von Jarres vor den „Vaterländischen“.

Die Totenfeier, die gestern vormittag beim Eintreffen der Leiche eines in französischem Gefängnis verstorbenen Ruhrdeutschen am Anhalter Bahnhof zu Berlin von der Reichsregierung veranstaltet wurde, hat sich zu einer offenen Provokation der Berliner Hitler-Gardisten auszuwirken können.

Man erinnere sich der Tatsache, daß die erste Nachricht von dem Eintreffen des verstorbenen Willi Dreuer den sogenannten „vaterländischen Verbänden“ des Ehren-Geistes sofort Anlaß gab, eine große politische Demonstration vorzubereiten. Sie stellten beim Polizeipräsidenten den Antrag, ihnen den festlichen Empfang und die Ueberführung des Toten nach dem Märker Bahnhof zu gestatten. Mit Rücksicht auf die noch immer in Geltung befindliche Verordnung des Reichspräsidenten, die die Veranstaltung von öffentlichen Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel verbietet, mußte der Polizeipräsident und der Minister des Innern dieser provokierenden Kundgebung die Genehmigung verweigern. Sie stellten aber anheimg, innerhalb der Bahnhofsräume eine würdige Trauerfeier zu veranstalten.

Die „Vaterländischen“ schlugen in der Presse Lärm und hegelten, wie üblich, den preußischen Minister des Innern an. Darauf bekam es die Reichsregierung mit der Angst. Sie erklärte sich bereit, ihrerseits die Regie zu übernehmen und von sich aus unter Beteiligung der Reichswehr eine Trauerfeier zu veranstalten, dabei aber den „Vaterländischen“ den „gewünschten Anteil“ an dieser Feier zu gestatten. Dieses Eingreifen der Reichsregierung bedeutete zunächst eine Brüstung des preußischen Ministers, der die bestehenden Gesetze auch gegen die Hakenkreuzler anzuwenden bemüht ist. Wir haben sofort auf dieses eigenartige Eingreifen der Reichsregierung und auf seine Konsequenzen hingewiesen.

Nachdem aber durch das Eintreten der Reichsregierung und der Reichswehr die Trauerfeier für den verstorbenen Ruhrdeutschen gewissermaßen ein offizielles Gepräge erhalten hatte, kam es darauf an, bei dieser Feier nicht die hochverräterischen Verbände der Hitler und Genossen das Feld beherrschen zu lassen. Dadurch hätte die Trauerfeier eine außerpolitische Wirkung erzielt, die durchaus nicht im Sinne und Interesse des deutschen Volkes gelegen hätte. Aus diesem Grunde entschlossen sich die republikanischen Verbände — insbesondere der Republikanische Kriegerbund „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ —, sich ebenfalls an der Kundgebung zu beteiligen und damit zu demonstrieren, daß es in Berlin nicht so weit kommen kann wie in München. Der „Republikanische Reichsbund“ ließ am Sarge einen Kranz mit den Farben der Republik niederlegen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß für die Republikaner parteipolitische Gegensätze nicht in Betracht kommen, wo es gilt, das Deutsche Recht zu betonen. Mitglieder des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und anderer republikanischer Verbände waren durch starke Delegationen mit großen wehenden Fahnen in den Farben des Reiches erschienen.

Aber schon allein die Tatsache, daß sie offiziell von der Reichsregierung Karten zur Teilnahme an der Feier beantragt, hatte in den Räumen, wo Herr Jarres residiert, peinlichste Verlegenheit hervorgerufen. Es dauerte außerordentlich lange, bis den republikanischen Verbänden mitgeteilt werden konnte, wie viele von den einigen hundert ausgegebenen Karten ihnen zur Verfügung gestellt würden.

Im sogenannten „Fürstenzimmer“ des Anhalter Bahnhofs fand die offizielle Feier statt, wobei Jarres im Auftrage des Reichskabinetts eine außerpolitische nicht unbedeutende Rede hielt. Für diesen Raum waren den Republikanern ganze zwei Karten (!) zugeteilt worden. Vor dem Bahnhof hatten sich die Geister- und Hitler-Gardisten in allen möglichen Uniformen und mit allen möglichen Fahnen versammelt. Die großen wehenden schwarz-

rosgoldenen Banner der Republikaner waren ihnen begreiflicherweise ein Gegenstand des Aergernisses. Sie versuchten deshalb die Träger des Reichsbanners zu überrennen und beiseite zu drücken. Wertwürdigerweise fanden sich Polizeioffiziere, die gerade die Einrollung der schwarzroten goldenen Fahnen forderten. Dieser Aufforderung wurde aber nicht Folge geleistet, da es unerträglich sei, daß man die Farben des Reiches nicht zeigen, diejenigen der Hochverräter von München aber offen zur Schau tragen dürfe.

Voraus es den um den toten Kameraden angeblich trauernden Hakenkreuzern ankam, zeigte sich nach Beendigung der offiziellen Feier. Sie suchten die Polizei zu überrennen, beschimpften die ihre Pflicht erfüllenden Schupo-Beamten zum Teil in unfätigster Weise und suchten auf jede Art einen offenen Konflikt zu provozieren. Da in Berlin jedoch kein Nahr und kein Seiber kommandiert, so blieb dies Unternehmen in den Anfängen stecken. Die deutsch-nationale Presse stellt sich infolgedessen entsetzt darüber, daß die Schupolizei mit geladenem Karabiner den sogenannten „Vaterländischen“ entgegengetreten sei. Ihr erscheint es nur angebracht, wenn die Schupo auf hungrige Arbeiter oder demonstrierende „Marxisten“ schließt. In solchen Fällen, selbst wenn Arbeiter tot auf der Straße blieben, haben wir noch niemals eine Andeutung von Entzündung in der deutsch-nationalen Presse gefunden, es sei denn die Entrüstung über die Tatsache, daß die Arbeiter überhaupt zu demonstrieren wagen. Die „Kreuzzeitung“, die von jeher durch besondere Dummheit sich auszeichnete, erklärt übrigens, weshalb die Hakenkreuzler am Anhalter Bahnhof einen besonderen Zorn über die republikanischen Fahnen empfunden haben:

„Nicht weniger als vier schwarzrotden Fahnenstangen waren ohne Spitze. So etwas verrät sich nicht mit der Auffassung, die studentische Korporationen und vaterländische Verbände von der Fahne haben.“

Die „Spitze“ an der Fahnenstange also ist es, die, weil sie fehlt, den Zorn der Hakenkreuzler wachrief?! Wir glauben vielmehr, daß ihnen weniger die fehlende Spitze das Blut in Wallung geraten ließ, als die sehr spitze Tatsache, daß die Republikaner es wagten, die Reichsfarben zu zeigen, wo die sozialistenreine Regierung des Reiches vor den Hakenkreuzern „Kommenkappe“ und die in der Verfassung vorgeschriebenen Farben sorgsam verdeckte. Der Aufmarsch des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war der erste Anfang zu einer Gegenaktion, die in Zukunft jeder der sogenannten vaterländischen Verbände das Spiel verderben dürfte. Wenn die von den Halbmonarchisten Strese- mann und Jarres beherrschte Reichsregierung die Reichsfarben einrollt, dann werden die Republikaner selbst sie zu entfalten wissen. Sie werden unter aktiver Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse dafür sorgen, daß der von Hitler genannte, aber mißgünstige Marsch nach Berlin nicht in den Grenzen der Reichshauptstadt selbst von den Hakenkreuzverbänden ausgeführt werden kann.

Mag es bedauerlich sein, daß am Sarge eines offiziell gefeierten Deutschen Streitigkeiten ausbrechen, aber die Republik und die Republikaner sind es sich selber schuldig, dafür zu sorgen, daß nicht Kriegsverlierer und Kriegsheter in Berlin die Straßen beherrschen dürfen. Durch ihre Teilnahme an der offiziellen Feier haben die republikanischen Verbände verhindert, daß die Trauerfeier zu einem Hahne-sang der Revancheapostel wurde. Sie werden es auch weiterhin verhindern müssen, daß Hitlers Hakenkreuzbanner auf dem Reichstag der Republik weht.

## Die „Patentlösung“ des Herren Jarres.

Der geistige Urheber der Trauerfeier für Willi Dreuer ist der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres. Er war es, der in erster Linie die Dispositionen für den Verlauf der Feier mit den „vaterländischen“ Verbänden besprach und die Ausführungsbestimmungen

Straßenbahnen. Es war leise, aber durchdringend. Es erinnerte an die Stimme eines lächelnden Todes, der unter Tschmelnenbegleitung kommt. Der eiserne lange Schürhaken an der Seite schlug starr auf das Arie, wie eine ferne Sense an Sommertagen.

Das Gesicht beschattete bis zur Nasenwurzel der Helm. Immerhin konnte man noch die Augen erblicken. Sie glänzten blau, wie das Tuch der Uniform und ihr Ausdruck war sehr streng, aber auch sehr leer. Sie waren irgendwohin, in ein ungewisses Land gerichtet. Sie fanden kein Hindernis und reichten bis ans Ende der Welt, das ihr Befehl wahrscheinlich erhoffte. Sie waren kühn und nicht zum Schauen fähig, sondern lediglich zum Bücken. Der kleine Nase fehlte die Kruppe. Es war, als sollte sie abgebaut werden und als hätte man gleichsam ihren äußersten Ziegel schon abgetragen. Das Kinn ragte, Löcher in die Luft bohrend, spitz, weißbedäubt und vordringlich über den hohen Halsstragen und warf einen kleinen Schatten auf die vorgewölbte Brust. Die Wangen glühten, im Gegensatz zu den Gesichtern mittelmäßigster Gespenster, im kalten Rosa einer festlichen Konfirmationserregung.

Woher kam dieser Geist mitten in die Welt der Elektrizität, der Radiowellen, der Mikrophone, des Asphalt, der Arbeit, der Warenhäuser, der Fabrikstreifen, der Autoreifen, der Zeitungserkäufer, der Telegraphenboten, der Dienstmänner, der Motorräder? War es ein Reklameartikel der mittelalterlichen Geschichte? Ein personifiziertes Kapitel der Bergangenheit? Ein Statist aus einem historischen Film? Ein Bühnenrequisit aus bemalter Pappe?

Ah, es war ein wirklicher Geist. Er war nicht verküppelt, er war uniformiert. Ich merkte es an dem feinen Reichenaroma, das er ausströmte. Er roch nach Stigias. Seine Saubereit hatte ihre Ursache in Sahlbädern. Ich wäre ihm gerne gefolgt, um zu sehen, wo er verschwinden würde. Vielleicht ging er in eine Bibliothek und legte sich wieder in einen alten Band der Weltgeschichte, aus dem er gestiegen war. Oder er ging in die heiligen Hallen des Rasinos. Oder in das Wahlbureau einer nationalen Partei, die ihn als Wahlplakat verwendete? . . .

## Wie Kinder dichten.

Gedichte von älteren Kindern sind schon vielfach veröffentlicht worden; doch verlieren diese Dichtungen gewöhnlich dadurch an Unmittelbarkeit, daß die Kinder sich von den gelehrten Dichtungen sehr abhängig zeigen. Wie sind aber die poetischen Aeußerungen von Kindern, die in keiner Weise beeinflusst sind? Auf diese Frage geben Gedichte eine interessante Antwort, die im neuesten Heft des „Kunstblattes“ veröffentlicht werden. Die Gedichte stammen aus dem „Werkhaus“ des Architekten Albrecht W. Berg in Stuttgart, der die Kinder vor allem zur Anschauung erziehen will. Die Lyrik, die von 6-14jährigen Kindern stammt, ist nicht von den Kleinen selbst niedergeschrieben, sondern im Unterricht so nachgeschrieben worden, wie sie die Kinder vortrugen. Da lautet z. B. das „Wiegenlied“ eines Sechsjährigen:

Das Aindelein  
Bl — Be  
Bogt — Belle  
Buck — B — B — Bück  
Das Kind — mo  
Es — Es — Es — Bw — Bw — Bw  
Wie — was — warum —

Vom Rebel dichtet ein Knabe von 7 Jahren: „Der Rebel breit und lang auf Weiden liegt.“ Von der Wiese ein anderer: „Wie die Wiese Rebel trägt, wie im Meer kein Welle regt.“ Ein dritter: „Schwere Rebel bringen, schwere Wellen wiegen auf dem Meer.“ Nach einer stürmischen Nacht trägt ein Siebenjähriger während der täglichen Morgenfeier folgendes vor:

In der Nacht, da stürmt es und bonnert und trachts, und wenn man draußen herumgeht, riecht man's freurig vom Bäck. Wurzeln springen, Steine schwärzen, Sand fliegt. Blätter fliegen in den Himmel hinauf. — — — —  
Am Morgen legt sich der Wind ins Stille hinein, Das Gros und ins Tal —

Kindern, denen die Aufgabe gestellt wird, etwas „Streigendes“ auszudrücken, dichten folgendermaßen:

### Von der DisteL

Es steigt in die Höh,  
es kauft, es fliegt  
und wirbelt sich in die Höh  
und schneit sich in die Höh.  
Zuchel! —

### Flamme.

Hinauf, hinauf die Flamme steigt,  
sie wagt,  
sie brant  
hinauf, hinauf  
und steigt und steigt —

„Vaterländische“ Unverschämtheit. Wie die Vereinigten Vaterländischen Verbände mitteilen, haben sie sich an die preußische Staatsregierung mit der dringenden Bitte gewandt, die für Berlin in Aussicht genommene öffentliche Aufführung des Tollerischen „Hinkemann“ zu verbieten.

Wenn die Volkshäuser sich gegen nationalistische Kundgebungen in ihren Vereinsvorstellungen zur Wehr setzen, wehrt die „vaterländische“ Presse über unbedeutende Zensurinstanzen. Wenn monarchistische Lämmer die Operntheater, Kabarets und Lingelangel in staatsfeindliche politische Rummelplätze verwandeln, findet sie daran nichts auszusetzen. Wenn aber ein republikanischer Dichter in der Hauptstadt der deutschen Republik ein Drama mit republikanischer Tendenz zur Aufführung bringen will, verlangen die Vereinigten vaterländischen Verbände von der republikanischen preußischen Regierung Schutz ihrer antirepublikanischen Gefühle. Wir hoffen, daß der „dringenden Bitte“ dieser Unverschämten nicht nachgegeben wird, und wir erwarten, daß die Sicherheitsbehörden derselben Wahrung ergreifen, um die Besucher der „Hinkemann“-Aufführungen vor vereinigten vaterländischen Klipfeilen zu schützen.

mit den Organen der preussischen Regierung vereinbarte. Ein ganzer Stab von Geheim- und Ministerialräten war seit Tagen mit dieser wichtigen Aufgabe betraut. Große Kopfschmerzen verursachte Herr Jares insbesondere die Frage des Kranzes, den er im Namen der Reichsregierung am Sarge des Verstorbenen niederlegen sollte. Denn Kränze pflegen gewöhnlich mit einer Schleife geschmückt zu sein, und da nun einmal, laut Reichsverordnung, die Farben des Deutschen Reiches Schwarz-Rot-Gold sind, mußte auch Herr Jares' Kranz diese Farben tragen.

Dieser Gedanke war aber dem schwarzweißroten Herzen des Ministers offenbar unerträglich. Deshalb beschloß er zunächst, einen Kranz mit weißer Schleife anfertigen zu lassen. Nun machte man ihn darauf aufmerksam, daß eine solche Abfuhr eine Ungehörigkeit sein würde. Das sah Jares auch ein und noch am Dienstag morgen hieß es, die Schleife des offiziellen Kranzes werde doch schwarzrotgold sein.

Das erfuhren nun die Herren der „Waterländischen Verbände“. Daraufhin erinnerten die Geister und Konferten in nicht mizuzuerstehender Weise an den Präzedenzfall des Regierungskranzes am Großen Schlagerers. dessen schwarzrotgoldene Schleife abgerissen worden war. Anstatt nun gegenüber dieser Unverfrorenheit erst recht an seiner Würde festzuhalten, die Reichsfarben zu zeigen, fiel Herr Jares ein zweites Mal das schwarzweißrote Herz in die Hosen und er suchte nach einem Ausweg.

Am Abend war nach langem Nachdenken dem genialen Minister die „Patentlösung“ eingefallen: überhaupt keinen Kranz, überhaupt keine Schleife, dafür aber ein Blumengebüß in Form eines eisernen Kreuzes.

Nur so war es dem Minister der Deutschen Republik möglich, seine schmachvolle Kapitulation vor den Böllischen zu maskieren, ohne zugleich in flagrantem Gegensatz zu den Bestimmungen der Verfassung über die Hoheitszeichen des Deutschen Reiches zu geraten. Wäre nicht eine Delegation des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ und anderer republikanischer Organisationen anwesend gewesen, dann würde eine offizielle Veranstaltung der Reichsregierung ausschließlich im Zeichen der Ludendorff- und Hitler-Farben und Abzeichen verlaufen sein.

## Das Schandurteil von München.

### Auch die bayerische Regierung unzufrieden.

München, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Beurteilten Hitler, Kriebel und Weber wurden zur Verbüßung ihrer Strafe bereits in die Festung Landsberg übergeführt. Bödner befindet sich infolge seiner Erkrankung noch auf freiem Fuß.

In maßgebenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei und somit in Regierungskreisen hat das Urteil im Hitler-Prozess die allerhöchsten Bedenken hervorgerufen. Man spricht nicht nur von einem Fehlurteil, sondern geradezu von einer „Justizkatastrophe“. Mit die'm Wort überschreibt der „Bayerische Kurier“ seinen Leitartikel, der umso bemerkenswerter ist, als er trotz allerhöchster Kritik die politische Zensur und unbeabsichtigt passieren konnte. Die rechtlichen Unmöglichkeiten dieses Urteils steht man vor allem in der dem General Ludendorff eingeräumten Sonderstellung und ferner in der den übrigen Angeklagten zugewilligten Bewährungsfrist, d. h. der bedingten Begnadigung. Aus Grund einer rechtlichen, von einem Prozess festgestellten Tatsache, die bei der Urteilsfällung offenbar grundsätzlich unberücksichtigt blieb, ist die These in der Sonderstellung des Generals sachlich nicht haltbar und auf bloße Konstruktionen aufgebaut. Genau das gleiche gilt aber auch von jenen Sätzen, mit denen die Urteilsbegründung die Bewilligung von Bewährungsfristen zu rechtfertigen sucht. Nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen dürfen Bewährungsfristen nur solchen Beurteilten zugewilligt werden, die nach ihren persönlichen Verhältnissen und nach den Umständen der Tat besondere Berücksichtigung verdienen und die Erwartung rechtfertigen, daß sie sich auch ohne die ganze und die teilweise Vollstreckung der Strafe künftig wohl verhalten werden. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß sich die Beurteilten ihrer Tat noch rühmen und erklären, daß sie, wenn

es es noch einmal zu tun hätten, genau so handeln würden, wie sie gehandelt haben. Entweder haben die Beurteilten Hochverrat begangen, und dann konnte und durfte dieses ausdrückliche Bekenntnis zum Hochverrat als solcher nicht bei der Strafwürdigung und bei der Beurteilung der Frage, ob ein künftiges Wohlverhalten zu erwarten sei, außer Anlaß bleiben, oder sie haben keinen Hochverrat begangen, und dann bedurfte es auch nicht einer Bewährungsfrist. Ein Drittes ist rechtlich unmöglich. Wird trotzdem ein Mittelweg eingeschlagen, so kann das nur als Prämie auf den Hochverrat wirken.

Das Gericht hat weiterhin von einer Anwendung des § 81 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuches (Anerkennung der Beamteneligschaft) Abstand genommen, obgleich ein Teil der Angeklagten gerade ihre Beamtenpflichten aufs gründlichste verletzt und sich dieser Verletzung

## Große öffentl. Kundgebung!

Sonntag, den 6. April, vormittags 9½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (Großer Saal). Tagesordnung: „Das Münchener Urteil gegen Ludendorff-Hitler — ein Freibrief für Hochverräter!“ Genossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung!

noch gerührt hat. Es hat schließlich davon Abstand genommen, die Bestimmung des § 9 Abs. 2 des Republiksschutzgesetzes („Gegen Ausländer ist auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erkennen“) auf Hitler anzuwenden. Ist Hitler aber Ausländer im Sinne des Republiksschutzgesetzes und kommt das Republiksschutzgesetz überhaupt zur Anwendung, dann konnte unter allen Umständen auch jene Bestimmung zur Anwendung gelangen. Das leugnen wollen, heißt jeder Willkür Tür und Tor öffnen. Die Berücksichtigung der besonderen Umstände, die im vorliegenden Falle gegeben waren, konnte nur Sache jener Instanzen sein, die die Begnadigung ausüben (also die Justizverwaltung, d. h.), niemand aber Sache des erkennenden Gerichts, das an das materielle Recht gebunden ist und nicht einem subjektiven Werturteil zuliebe davon abgehen kann.

Das Urteil des Münchener Volksgerichts ist auch in dieser Hinsicht ein Fehlurteil, dessen Rückwirkungen auf das Ansehen der bayerischen Justiz unabwehrbar sind. Sache aller verantwortlichen Organe des bayerischen Staates, als der Gesamtregierung sowie des neu zu bildenden Landtages wird es sein, den Schaden wieder zu heilen, den das Ansehen der bayerischen Justiz in diesem Prozess erlitten hat. Das ist auch die Auffassung amtlicher bayerischer Stellen. — Also endlich!

### Rahr, Poffow und Seiser in Meran.

Meran, 2. April. (M.) Rahr, Poffow und Seiser, die vor der Urteilsverkündung im Hitler-Prozess aus München abgereist sind, halten sich zurzeit hier auf.

## Labour Party und Deutschland.

### Lahme Ausreden der „Deutschen Tageszeitung“.

Endlich hat die „Deutsche Tageszeitung“ nach der Demaskierung ihres Wahlschwinds durch das eindeutige Telegramm der englischen Arbeiterpartei die Sprache wiedergefunden. Allerdings noch nicht ganz. Denn außer einer dreizehnzeiligen Überschrift: „Vorwärts-Schwindel“ — ausgerechnet — bringt sie nur ein Gestammel heraus. In der (angeblichen) Zuschrift jenes anonymen, der englischen Arbeiterpartei nahestehenden Politikers sei doch gar nicht gesagt worden, daß die Arbeiterpartei den Wahlsieg der deutschen Rechtsparteien wünschete. Das sei nur eine Entstellung des „Vorwärts“. Der Anonymus habe gemeint, daß „nur das Wiedererwachen des deutschen Selbstbewusstseins, gleichgültig wie sich die innerpolitische Entwicklung in Deutschland sonst gestalten, ein Gegengewicht gegen Frankreich schaffen kann“.

Diese nachträgliche Lesart ist eine plumpe Verdrehung sowohl des Inhalts der Zuschrift wie auch des offenkundigen unsauberen Zweckes ihrer Veröffentlichung durch die „Deutsche Tageszeitung“.

Wenn die „D. T.“ weiter besonders betont, die Unterzeichner des Telegramms an den „Vorwärts“ seien keine Mitglieder des linken Kabinetts, so weiß man nicht, ob diese Bemerkung ein Ausfluß von Dummheit oder von Dummheit ist. Wahrscheinlich beides. Amtierende Minister pflegen nicht zugleich im Vorstand ihrer Partei zu bleiben. An diesem Grundsatz hat auch die deutsche Sozialdemokratie stets festgehalten. Hingegen scheint es die Absicht des Herrn Hergt zu sein, falls ihn die Torheit deutscher Wähler vorübergehend auf einen Ministerposten heben würde, gleichzeitig die Parteigliedern der Deutschnationalen weiterzuführen. Weiter trägt das Ugarierblatt über dieses angebliche „unzulässige Eingreifen in innere deutsche Verhältnisse“, das doch von ihm verursacht wurde, wie würde es erst diesen Fraden weiterpflanzen, wenn das Telegramm von amtierenden Kabinettsmitgliedern unterzeichnet worden wäre! Schließlich schreibt die „D. T.“, sie habe ihrem Gewährsmann Gelegenheit gegeben, zu der Angelegenheit noch selbst Stellung zu nehmen. Solange sich der betreffende Herr hinter seiner Anonimität verkrümelt, ist eine solche Erwiderung vollständig belanglos; denn wer bürgt uns dafür, daß dieser anonyme Engländer — wenn er schon Engländer ist — nicht z. B. Houston Stewart Chamberlain heißt? Das dürfte nämlich der einzige Engländer sein, der einen Sieg der deutschen Reaktion aus vollem Herzen wünscht.

## Entwaffnung und Waffenkontrolle.

WTB. meldet: Eine Anzahl pazifistischer Organisationen, die dem Deutschen Friedensrat angehörend, haben vor einigen Tagen beschlossen, sich mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit zu wenden. Die Kundgebung lautet:

„Um allen Völkern die Einschärkung ihrer Rüstungen zu ermöglichen, ist Deutschland im Versailler Vertrag die Entwaffnung auferlegt worden. (Einselung zu Teil V des Vertrages.) Sie war vertragsgemäß nach Art. 208—210 unter Kontrolle interallierter Militärkommissionen durchzuführen. Der französische Militarismus wünscht diese Kontrolle dauernd beizubehalten. Das deutsche Rechtsempfinden wehrt sich gegen die unzulässige ständige Überwachung: sie belastet unser Volk finanziell und demütigt es moralisch.“

Die Botschafterkonferenz verlangt die Wiederaufnahme der Kontrollfähigkeit. Aber für die Dauer verlangt der Versailler Vertrag in Art. 213 von Deutschland nur, die Rechtsaufficht des Völkerbundes zu dulden, d. h. jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. Diese Untersuchung würde sinngemäß, sobald das Bedürfnis anerkannt ist, durch einen internationalen Ausschuss geübt werden, in dem auch Neutrale sich und Stimme haben. Deutschland muß deshalb den sofortigen Uebergang von der allierten

Militärkontrolle zur Völkerbunds-aufsicht fordern. Es ist bei den Beratungen des Völkerbundes hierüber zuzuziehen.

Die Rechtsbefugnis des Völkerbundes richtet sich nach den geltenden Verträgen nur gegen die Besiegten des Weltkrieges. Das ist eine Unbilligkeit, sie ist zu beseitigen. Das Aufsichtsrecht über Deutschland ist im Sinne des Art. 8 der Völkerbunds-Charta auf eine Ausschicht des Völkerbundes über alle dem Völkerbund angehörenden Staaten auszudehnen. Dann vertritt sich der wahre Bund gleichberechtigter Völker.“

## Kundfunk in der Wahlpropaganda.

Wie die „Radio-Korrespondenz“ erzählt, wird der Berliner Rundfunkender in adernächster Zeit in den Dienst der beginnenden Wahlpropaganda gestellt werden. Ursprünglich sollte für diesen Zweck eine besondere Gesellschaft gegründet werden, wovon jedoch aus verschiedenen Gründen Abstand genommen worden ist. Die Angelegenheit ist jetzt von den Parteien direkt in Angriff genommen worden, und die Parteikreise sind bereits zusammgetreten, um eine Verständigung hinsichtlich des Durchbruchs von Wahlprogrammen und ähnlichen Verabbarungen eine Einigung herbeizuführen. Die Einrichtung soll auf die Grundlage unbedingter Parität gestellt werden, so daß alle Parteien gleichmäßig zu Worte kommen. Wahrscheinlich werden abends, gegen 8 Uhr, also vor Beginn des Abendkonzertes, Parlamentarier oder sonstige Vertreter der einzelnen Parteien den angeschlossenen Teilnehmern ihre Wahlparolen und politischen Ziele auseinandersetzen.

## Kommunistischer Terror.

Vor den Wählern des 1. Wahlkreises sprach gestern Abend Genosse Paul Hirsch in einer öffentlichen Wählerversammlung im Rosenhofer Hof in der Rosenhofer StraÙe. Tschdem Genosse Hirsch in seinen ruhigen Ausführungen zum Frieden in der Arbeiterschaft mahnte, kam es zu wüsten Tumultszenen, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten. Bei Beginn der Debatte drang ein kommunistischer Stoßtrupp in den Saal, und bald war eine Schlägerei im Gange, bei der mehrere unserer Genossen blutig geschlagen wurden. Da die Kommunisten, die auch noch auf der Straße unseren Genossen Hirsch belästigten, den Saal nicht räumen wollten, rief der Wirt des Lokals die Schupo herbei, die die Räumung vollzog.

## Neuwahlen in England?

### Wunsch der Konservativen.

London, 1. April. (Eca.) In parlamentarischen Kreisen bricht sich die Ansicht immer mehr Bahn, daß die konservative Partei sich auf Neuwahlen in der nächsten Zeit vorbereitet. In einem Telegramm, das Baldwin an die Konferenz der Konservativen von Norfolkshire gerichtet hat, fordert er sie auf, bereit zu sein für den bevorstehenden Kampf, um ihre Pflicht gegenüber König und Vaterland erfüllen zu können. In einer Rede in Dundee sagte Robert Horne, die Frage bei den nächsten Wahlen werde sein, ob Sozialismus oder Individualismus England regieren soll.

Da die Konservativen in der Boge sind, die parlamentarische Boge jeden Augenblick umzuwerfen, so muß man diesen Stimmungen innerhalb der konservativen Partei besondere Bedeutung zumessen.

## Die weltumspannende Labour-Party.

London, 1. April. (Eca.) Zu der Reichskonferenz der Arbeiterparteien des britischen Reiches wurden folgende Parteien und Gewerkschaften eingeladen:

Die australische, kanadische, neuseeländer, die rhodesische, die südafrikanische Arbeiterpartei, die australischen, kanadischen, indischen, neuseeländer, transvaalischen und kapländer Gewerkschaften.

## Mieterschutz in England.

### Keine Mehrheit für die Vorlage.

London, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Koalition zum Mieterschutzgesetz, deren Beratung am Mittwoch im Unterhaus zu einer heftigen Debatte führte, beschränkt das Kündigungsrecht der Hausbesitzer auf die Fälle persönlichen Bedarfs, wenn der Schaden des Hausbesitzers größer ist als der des Mieters. Besonders bekämpft wird von den Konservativen und Liberalen die Bestimmung, daß kein Kündigungsgrund vorliegt, wenn der Mieters wegen Arbeitslosigkeit nicht bezahlt werden kann, und außerdem die rückwirkende Kraft des Gesetzes.

London, 2. April. (WTB.) Der Regierungsentwurf, der vorsteht, daß beschäftigungslose Mieter wegen Nichtentrichtung der Miete nicht evakuiert werden dürfen, wurde von den Konservativen heftig bekämpft. Asquith kündigte an, daß die Liberalen die Bestimmung nicht unterstützen würden. Eine Niederlage der Regierung erscheint daher unvermeidlich, doch ist es unwahrscheinlich, daß sie den Rücktritt der Regierung zur Folge haben wird.

## Das Ende der Geheimverträge.

London, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag im Unterhaus vom Staatssekretär Bonsondy abgegebene Erklärung, daß in Zukunft sämtliche internationalen Verträge vor ihrem Abschluß 21 Tage lang dem Parlament vorgelegt werden sollen, wird in der Arbeiterpartei mit großer Begeisterung aufgenommen und als das Ende der Geheimverträge der englischen Politik bezichnet.

## Die Deutschlandhilfe.

### 140 000 Kronen aus der Tschechoslowakei.

Prag, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung des „Sozialdemokraten“, dem Organ der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, hat die Deutschlandhilfe der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei den Betrag von 140 000 Kronen erreicht. Neben dieser Sammellaktion sind aber gleichzeitig zum gleichen Zwecke auch Sammlungen von sozialdemokratischen Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Organisationen veranstaltet worden.

## Der Nationalheros unter Aufsicht.

### Überwachung Marshall Wisudski.

Warschau, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Großes Aufsehen erregt hier der Prozeß, wieder die Tatsache ans Licht gefördert hat, daß Marshall Wisudski während der vorigen Regierung Bittos-Clambinski durch subalterne militärische Organe auf Schritt und Tritt überwacht wurde. Wisudski, als Zeuge vernommen, beichtigte Mitglieder der genannten Regierung, die Überwachung über ihn verhängt zu haben, weil sie einen Staatsstreich zur Errichtung einer Rechtsdiktatur plante. Wie verlautet, beabsichtigen die Mitglieder des Kabinetts eine gemeinsame Beistellungsgesellschaft gegen Wisudski einzuleiten.

Architekturstudium und Kunsthochschule. Der jetzige Direktor der Technischen Hochschule in Berlin und Leiter ihrer Architekturabteilung, Regierungsrat Prof. Erich Blund, nimmt zu der jetzt im Gange befindlichen Verschmelzung der Berliner Kunst- und Kunstgewerbeschule folgendermaßen Stellung: „Diese Zusammenlegung hat eine Bedeutung, die über den Rahmen der zunächst beteiligten Kunstschulen hinausreicht. So hat zum Beispiel die Architekturabteilung der Technischen Hochschule, die demnächst in ihr neues Heim, die ehemalige Militärtechnische Akademie, übersiedeln wird (zwischen Potsdamerstraße und Kurfürstendamm gegenüber der Hochschule für Musik) ein großes Interesse an der Zusammenlegung des Kunstgewerbes mit der bildenden Kunst. Gerade für die Architekten ist es von Wert, daß schon während des Studiums eine Fühlungnahme mit dem Kunstgewerbe erfolgt, da in der Praxis des Architekten nicht nur die Materie und Passiv, sondern auch das Kunstgewerbe von großer Bedeutung ist und sich fast immer mit der praktischen Arbeit eines Bauleitenden verbindet. Dadurch, daß die Architekturausbildung in ihrem neuen Heim nur wenige Schritte von der zukünftigen Wirkungsstätte der freien und angewandten Künstler entfernt ist, wird das bisher schmerzlich-entbehrte Zusammenarbeiten in der Schulung aller am Bauwerk tätigen künstlerischen Kräfte endlich möglich.“

Männigfaltigkeit des Vogelzuges. Die Ringversuche, die von der Vogelwarte Hagen seit einer langen Reihe von Jahren ausgeführt werden, haben in jüngerer Zeit wieder sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt, die die Männigfaltigkeit im Vogelzug enthüllen. Wie im „St. Hubertus“ mitgeteilt wird, zeigte sich ein Schwarm, der im August 1921 auf dem Mauersee im südlichen Ostpreußen beruht wurde, am 15. Januar 1924 an der Südküste der Zuhdersee in Holland. Der Vogel ist also zunächst nach Norden und dann an der Küste entlang nach Westen gewandert. Ein schwarzer Storch bogegen, der in der Frithener Ferse bei Königsberg im Juni 1923 beringt wurde, fiel Anfang Oktober 1923 einem griechischen Bauern in nord-westlichen Peloponnes, in einem Dorfe bei Patras, in die Hände. Dieser Vogel hat also eine direkte südliche Richtung eingeschlagen. Ueberhaupt scheint die Wanderstraße der schwarzen Störche anders zu verlaufen wie die der gewöhnlichen weißen Störche, und zwar etwas mehr westlich über die Balkanhalbinsel. Ein bei Tharau in Ostpreußen im Juli 1923 markierter Jungstorch wurde im Dezember 1923 bei Beirut in Syrien angetroffen. Die Vogelkenntnis scheint dort freilich nicht sehr groß zu sein, denn der Storch wurde als „Wider“ nach Roskitten gemeldet.

Wendungen im Spielplan der Staatsoper infolge Streiks des Chor- und Ballettpersonals. Es werden gerade in Opernbauten: am 3. „Liliana und Nolle“, Anfang 6 Uhr, am 4. „Erstausgang am Abend“, Anfang 7½ Uhr, am 5. „Mena Sola“, Anfang 7½ Uhr, am 6. „Liliana“, Anfang 7½ Uhr, am 7. „Liliana“, Anfang 8 Uhr. In der Oper am 8. „Liliana“, Anfang 8 Uhr, am 9. „Liliana“, Anfang 8 Uhr, am 10. „Liliana“, Anfang 8 Uhr, am 11. „Liliana“, Anfang 8 Uhr, am 12. „Liliana“, Anfang 8 Uhr. Die Koolität „Liliana“ am 11. d. M. bleibt aufrechterhalten.

Hennig Berger, der bekannte schwedische Dramatiker, ist im Alter von 68 Jahren in Koppenhagen gestorben. Von seinen Werken ist der „Hilfsroman“ „Entstehung“ am bekanntesten geworden. Er wurde auch dramatisiert am Berliner Theater aufgeführt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Eisenbahnkonflikt.

Die Streiks der Eisenbahnarbeiter dehnen sich, wie vorauszu-  
sehen war, immer mehr aus. Bisher war es Brauch gewesen, daß  
die Löhne der Reichsarbeiter gleichzeitig mit denen der Beamten  
reguliert werden. Davon ist man abgegangen. Die Eisenbahner  
warten heute noch daß man ihre standalösen Hungerlöhne  
endlich aufbessert. Daß die Löhne der Reichsarbeiter weit unter  
den an sich schon unzulänglichen Löhnen der Industriearbeiter  
liegen, ist bekannt. Dabei ist die Arbeit der in Frage kommenden  
Gruppen der Eisenbahner eine schwere und teilweise, wie die der  
Rangierer, eine sehr gefährliche. Es ist einfach unverständlich, wie  
man solchen Arbeitern Löhne von 30 Pf. und darunter zu zahlen  
mag. Derartige Löhne sind geradezu ein Anreiz zum Ver-  
brechen.

Über die letzten Verhandlungen berichtet die B.S.-Korrespondenz:  
Man hofft in den Kreisen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisa-  
tionen immer noch, daß ein Ausleich mit dem Reichsoverlehraministerium möglich sein wird. Eine Konferenz der in Frage  
kommenden Gewerkschaftsführer beschloß die Regierung als Ver-  
mittlerin anzurufen. Man erwartet, daß am Donnerstag erneute  
Verhandlungen stattfinden. Allerdings wird die Situation, falls  
diese neuen Beratungen scheitern sollten, sehr kritisch beurteilt,  
und man rechnet in diesem Falle mit einem allgemeinen Eisen-  
bahnarbeiterstreik.

Wir geben diese Nachricht nur unter Vorbehalt. Wir können  
dem hinzufügen, daß die verantwortlichen gewerkschaftlichen Ver-  
tretungen sich seit Wochen vergebens bemühen, das Reichsoverlehraministerium von der Notwendigkeit einer auskömmlichen Löhnerhöhung zu überzeugen. Wenn es infolge der passiven Resistenz  
des Reichsoverlehraministeriums zu den Arbeitniederlegungen ge-  
kommen ist, dann kann der Deutsche Eisenbahnerverband, der eine  
Regelung auf friedlichem Wege gesucht hat und immer noch sucht,  
seine Mitglieder nicht in diesem nur zu berechtigten Kampfe im  
Stich lassen.

Aus dem Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeit-  
geberverbände, das wir in unserem gestrigen Abendblatt veröffent-  
lichten, geht klar und deutlich hervor, daß die Privatunternehmer  
auf die Reichsregierung einen Druck ausgeübt haben, um die auch  
von ihnen als notwendig anerkannte Erhöhung der Bezüge zu ver-  
hindern. Diefelben Leute, die sich im vorigen Jahre allen Stabili-  
sierungsversuchen widersetzt haben, bis die Mark im Abgrund lag  
und die Wirtschaft zum Stillstand gekommen war, erheben jetzt  
wieder das Geschrei, manach im Interesse der Aufrechterhaltung  
unserer Währung eine Erhöhung der Löhne vermieden werden müßte.

Es ist eine auch von allen einsichtigen Unternehmern aner-  
kannte Tatsache, daß die Arbeitsleistung im direkten  
Zusammenhange mit der Lohnhöhe steht. Wir er-  
innern nur an die von uns bereits zitierte Äußerung des Direktors  
der Eastern Railway Co., wonach der Bau eines Kilometers Eisen-  
bahn, ausgeführt von den billigen chinesischen Kulis, teurer zu  
stehen komme, als wenn er gebaut wird von den bestbezahlten  
amerikanischen Arbeitern. Wenn es dem Reichsoverlehraministerium  
wirklich ernst ist mit der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn, dann soll  
es sich, aber schleunigst, zu der Auffassung dieses Sachmannes be-  
kennen. Es gibt kein unwirtschaftlicheres Arbeiten als das mit einer  
langen Arbeitszeit und niedrigen Löhnen. Die deutsche Industrie,  
von der man noch auf der Weltausstellung im Jahre 1892 bekannt-  
lich sagte, daß sie billig und schlecht fertige, dankt ihren  
süßem erdordneten Weirus zum guten Teil der deutschen Gewerks-  
chaftsbewegung, die es verstanden hat, die Lebenshaltung der Ar-  
beiterklasse zu heben und sie dadurch auch leistungsfähig zu  
machen.

Das Reichsoverlehraministerium versucht, offenbar auf Geheiß  
der Privatindustrie, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die  
Gefahren eines solchen Wiedereintrittens sind offenbar. Die Arbeiter-  
schaft läßt sich heute nicht mehr den Achtstundenlag rauben, noch  
ihre Lebenshaltung auf ein unmögliches Hungerniveau herab-  
drücken. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung die Dinge sieht,  
wie sie wirklich sind.

Die „Rote Fahne“ versucht selbstverständlich, die Streikbewegung  
der Eisenbahnarbeiter für ihre Parteidemokratie anzuschließen. Daß  
sie dabei den „Vorwärts“ nicht verrät, versteht sich schon von selbst.  
Das läßt uns vollkommen kalt. Wenn des Blatt es aber für not-  
wendig hält, über die „Bureaucratie des Deutschen Eisenbahnerver-  
bandes“ heranzukommen, dann wollen wir doch einmal fragen, was  
denn die kommunistische Eisenbahnerorganisation bisher für die  
Eisenbahner geleistet hat? Wir wollen weiter fragen, was denn die  
kommunistischen Betriebsräte der Eisen-  
bahner bisher getan haben? Als die Regierung die Löhne der  
Eisenbahner abbaut und die Arbeitszeit verlängerte, wo waren  
da die „revolutionären“ Betriebsräte und wo war da die kommuni-  
stische Eisenbahnerorganisation? Sie waren und sind höchst  
zahm und brav. Sie überlassen es den „reformistischen Ver-  
rättern“, für die Interessen der Eisenbahner einzutreten, und gehen  
es vor, gegenüber den „Sozialverrätern“ den Mund weit aufzu-  
reißeln. Wir können überhaupt feststellen, daß die KPD, seit die  
sogenannte Linke die Herrschaft angetreten hat, sehr zahm ge-  
worden ist. Kein Aufstand, kein Tusch kein Generalstreik, ja nicht  
einmal ein Betriebsrätekonferenz. Die ganze Aktion der KPD be-  
steht in einer Schimpfsonnade auf die Sozialdemokratie und die  
Gewerkschaften zur Vorbereitung des Generalangriffs auf die Ein-  
heit der Gewerkschaftsorganisation. Gegen die Unternehmer, gegen  
die Regierung sind diese Ueberevolutionäre aber so artig wie auf  
dreiferte Moskowitz. Das ist offenbar das „neue Gesicht“ der KPD.

### Streik der Schriftgießer.

In einer Mittelfedererfassung der Berliner Schriftgießer,  
die gestern in den Kammerräumen tagte, wurde über die gezeichneten  
Verhandlungen mit den Unternehmern Bericht erstattet. Nach aus-  
giebiger Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig an-  
genommen:

„Die am 2. April in den Kammerräumen tagende Versammlung  
aller in den Schriftgießereien Berlins Beschäftigten Arbeiter und  
Arbeiterinnen beauftragt, in Anbetracht der kritischen Situation, den  
Kustoden für Berlin zu erklären und die Zentralkommission  
zu beauftragen, die Situation im Reiche mitzuteilen und die Reso-

lution für Deutschland einheitlich durchzuführen. Die Verammelten  
beauftragen die Zentralkommission, die Forderung von 25 Proz.  
auf die jetzigen Löhne aufrechtzuhalten und fordern zu gleicher Zeit  
die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit. Ausgenom-  
men von dem Streik sind die Betriebe, welche diese Forderungen  
restlos bewilligt haben.“

### Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Die am Mittwoch, resultatlos abgebrochenen Verhandlungen über  
Festsetzung neuer Löhne im Buchdruckgewerbe wurden gestern unter  
Vorführung des Reichswirtschaftsgerichts Dr. Königsberger  
fortgesetzt. In mehrstündigen Beratungen wurde versucht, eine  
Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Die Unternehmer  
lehnten jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage brüsk ab, während  
die Arbeitervertreter auf ihrem Antrag, den tariflichen Spitzenlohn  
auf 35 M. zu erhöhen, bestehen blieben. Eine Einigung kam jedoch  
weder nicht zustande. Darauf trat die Schlichtungskammer zu-  
sammen. In später Nachtstunden wurde dann folgender Spruch  
gefällt:

„Mit Rücksicht auf die im Buchdruckgewerbe vorliegenden be-  
sonderen Verhältnisse wird für die Zeit vom 29. März bis 31. Mai  
1924 der Spitzenlohn auf 30 Goldmark festgesetzt.“

Erklärungsfrist bis Freitag, 4. April, 12 Uhr mittags.  
Nach diesem Spruch betragen für Berlin die Spitzenlöhne der  
Hilfsarbeiter 25,50, Anlegerinnen 16,20 und Hilfs-  
arbeiterinnen 13,50 M.

### Ein Streik in der Staatsoper.

Am 22. März 1924 überreichte der Ortsverband des Deutschen  
Chor- und Ballettverbandes der Berliner Staatsoper der Gene-  
ralverwaltung der Staatsoper durch den Gauleiter des Chor-  
und Ballettverbandes Forderungen betreffend Gehaltseinkommen,  
Anerkennung der Organisation, Schaffung einer Alters- und Hinter-  
bliebenenversorgung. Nachdem auf dieses Schreiben, dessen Beant-  
wortungsfrist am 27. März festgesetzt war, keine Antwort erfolgte,  
wurde der Generalverwaltung mitgeteilt, daß, wenn nicht mit den  
zuständigen Organisationsvertretern über die Forderungen ver-  
handelt wird, am Mittwoch, den 2. April, mittags 12 Uhr, das  
Chor- und Ballettpersonal die Arbeit niederlegen werde. Diese  
Arbeitsniederlegung ist gestern erfolgt.

Dazu teilt die Generalverwaltung der Staatsoper mit:  
Es handelt sich hierbei um einen durchaus wilden Streik, der  
ohne Anrufung der amtlichen Schlichtungsstelle und trotz der deut-  
lichen Bereitwilligkeit der Generalverwaltung zu Verhandlungen  
aus rein formalen Nachstücken von Jaune geordnet wurde. Die  
unrichtige Frage war bisher nämlich noch keineswegs ein prä-  
zisiert materielle Anspruch, sondern lediglich die Forderung, zu  
diesen besprechenden Verhandlungen mit den Vertretern des Be-  
triebsrats die Mitglieder des Ortsausschusses hinzuzuziehen. Auch  
hierzu erklärte sich die Generalverwaltung schließliche, trotzdem die  
bisherige Auffassung des Reichsoverlehraministeriums in ähnlichen  
Fällen dem entgegenstand, bereit, um den Weg zu einer gütlichen  
Beilegung freizumachen. Doch noch während diese Vorbereitungen  
mit dem Betriebsrat gepflogen wurden und dieser in einer Sitzung  
seinerseits zu der ganzen Streitfrage Stellung nahm, erklärte der  
Ortsausschuss den Streik für begonnen. Da die Generalverwaltung  
hierdurch die Abendeinstellungen in den beiden Opernhäusern ge-  
fährdet sah, verlangte sie, unter ausdrücklicher Betonung ihrer Be-  
reitwilligkeit in Verhandlungen einzutreten, von den Chor- und  
Ballettvertretern zunächst die bindende Erklärung, daß sie beiden  
Körperschaften am Abend noch ihren Dienst ausüben werden. Diese  
notwendigweise kurz befristete Forderung wurde schließlich nach  
Rückfrage der Vertreter mit dem Chorverbandpräsidenten abge-  
lehnt. Dieser stellte seinerseits die Forderung, daß zunächst die  
Generalverwaltung die Verhandlungen eröffne, worauf dann der  
begonnene Streik abgebrochen würde. Hierauf glaubte sich die Ge-  
neralverwaltung um so weniger einlassen zu dürfen, als der Streik  
tatsächlich trotz ihres entgegenkommenden Verhaltens erklärt worden  
war, wobei man sich sogar nicht gehescht hätte, am Tage zuvor noch  
die Bezüge für die erste Hälfte April sich vorzusuchen zu lassen.

Der Generalverwaltung wäre zunächst zu sagen, daß ein Streik  
nach dem „wilder“ Streik ist, wenn die amtliche Schlichtungs-  
stelle nicht angerufen wird. Wir möchten gern wissen, wer der Ge-  
neralverwaltung den Rücken aufgebunden hat, daß das Reichs-  
arbeitsministerium gegen die Zurückziehung von Gewerkschaftsvertretern  
bei Lohnverhandlungen sei. In Wirklichkeit scheinen bei der General-  
verwaltung „formale Nachgründe“ eine verhängnisvolle Rolle ge-  
spielt zu haben. Gewiss scheint es auch dem Personal noch etwas an  
gewerkschaftlicher Erfahrung zu mangeln, aber das ist kein Grund  
für die Generalverwaltung, eine Haltung einzunehmen, die zum  
Streik föhrt. Do nun aber durch die öffentliche Erklärung der  
Generalverwaltung feststeht, daß diese zu Verhandlungen bereit ist,  
wäre es das beste, die Verhandlungen sünden sofort statt und be-  
endeten rasch den Konflikt, ehe er schließlich größeren Umfang an-  
nimmt.

### Für die Angestelltenjugend.

Die kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten,  
die neu in das Berufsleben eintreten, bedürfen ebenso des Schutzes  
wie die älteren Berufskollegen. Es ist deshalb Pflicht aller Eltern,  
ihre aus der Schule entlassenen Kinder, die sich dem Handelsgewerbe  
zuwenden, der Berufsorganisation, dem Zentralverband der  
Angestellten anzuzugehen. In der Jugendabteilung des I.D.A.  
Ortsgruppe Groß-Berlin (Voll-Alliance-Str. 7/10), ist den Jungen  
und Mädchen Gelegenheit geboten, sich beruflich weiter zu  
bilden und im Kreise gleichgestimmter Jugendfreunde beim Spiel,  
Unterhaltung und Wanderungen frohe Stunden zu verleben.  
Die I.D.A.-Jugend macht es sich zur Aufgabe, den jungen Menschen  
in jeder Hinsicht zu bilden und zu unterstützen.  
Verschiedene Jugendgruppen des I.D.A. veranstalten eigens  
für die Schulentlassenen und deren Eltern besondere  
Einführungsende, die den Zweck haben, ihnen ein Bild von der  
Arbeit der I.D.A.-Jugend zu geben. In den nächsten Tagen finden  
folgende Einführungsabende statt, deren Besuch den interessierten  
Jugendlichen und Eltern empfohlen wird: Donnerstag, den  
3. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Anabends, Ziegler Str. 18 20.  
Sonntag, den 6. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Reolganstr. 11.  
Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, Darbietungen: Rezitationen, Musik-  
vorträge, Volkstänze, Aufführung von Hand-Spielarten.

Inserate im  
Vorwärts  
sichern Erfolg!

**MALPAUS RARITÄT** Die Qualitäts-Cigarettens

### Einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen.

Bei der Firma Astania, einem Betrieb der Metallindu-  
strie, bestand seit Jahren der Brauch, daß die Arbeiter, um sich  
zu waschen und umzuwechseln, fünf Minuten vor Beginn der Mittags-  
pause und fünf Minuten vor Feierabend Schluß machten. Am  
1. Oktober 1921 wurde dieser Zustand durch eine neue Arbeits-  
ordnung, welche die volle Arbeitszeit festlegt, zwar formell be-  
seitigt, der Arbeiterrat vereinbarte aber mit der Firma, daß es  
trotz der neuen Arbeitsordnung bei dem bisherigen Brauch bleiben  
sollte. Es blieb auch tatsächlich dabei, daß die Waschzeit von fünf  
Minuten innegehalten wurde, bis am 17. Dezember 1923 die Firma  
sich auf die Arbeitsordnung berief, die volle Zeit arbeiten ließ und  
die Waschzeit nicht mehr gewährte. Ein Arbeiter, der  
am 22. Januar 1924 entlassen wurde, verlangte durch Klage beim  
Gemeingewerbeamt, daß ihm vom 17. Dezember bis zum Tage der  
Entlassung die fortzufällige Waschzeit als Lieberzeit bezahlt werde.  
Er hatte mit seiner Klage soweit Erfolg, daß das Gericht (Kammer 7)  
seine Forderung für die Zeit bis Ende Dezember als berechtigt  
anerkannte. Bis dahin, so lagt die Urteilsbegründung, sei die ein-  
seitige Änderung des bisherigen Zustandes nicht zulässig  
gewesen. Nach dem Januarstreik aber seien alle Ar-  
beiter neu eingestellt worden; es handle sich also um ein  
neues Arbeitsverhältnis, dem auch neue Arbeitsbedin-  
gungen zugrunde gelegt werden dürften.

### Nur ein „Aprilscherz“.

Das „Börseblatt“ für den deutschen Buchhandel brachte in  
seiner Nummer 78 vom 1. April unter „Stellenangebote“ folgende  
Anzeige:

### Sortimenter — Berlin Paffhammer & Mühlbrecht.

Den Bewerbern, die sich daraufhin meldeben, wurde erklärt,  
daß Stellenangebot sei nur ein Aprilscherz. Bei den überaus  
niedrigen Gehältern im Buchhandel zumal müßten solche  
Scherze auf Kosten der stellungslosen Gehilfen schon unterbleiben.

### Nachprüfung der Selbstkostenberechnung der Zechen.

Bohum, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichs-  
arbeitsministerium hat die beteiligten Tarifparteien des unbesetz-  
ten Bergbaus für den 16. April nach Berlin zu Verhandlungen  
über die Verlängerung des Uebereinstimmens abkommens geladen. Im  
Zusammenhang mit der am 4. April stattgefundenen Sitzung des  
Reichsschlichtungsraats soll entsprechend einer Abmachung anlässlich der  
Besprechung der Bergarbeiter mit der Reichsregierung über die  
Rückwärtsnahme eine Nachprüfung der vom Zechenverband  
vorgelegten Selbstkostenberechnung stattfinden. Man hofft dadurch  
eine Basis zu finden, um aus den gegenwärtigen sozialen Schwie-  
rigkeiten an der Ruhr herauszukommen. Die Verhandlungen dar-  
über werden dann am Sonnabend in Berlin stattfinden.

Am Dienstag fanden in Berlin Verhandlungen über die Nach-  
prüfung der Leistungen in den unbesetzten Steinkohlenrevieren  
statt. Von den Arbeitgebern wurden Zahlen vorgelegt, deren Be-  
weiskraft von den Arbeitern bestritten wurde. Man emigte  
sich schließlich darauf, durch paritätische Kommissionen  
Nachprüfungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Die absolute  
Steigerung der Kohlenförderung wurde auch von den Arbeit-  
gebern anerkannt. Sie verwiesen u. a. noch darauf, daß die  
Rentabilität der Werke noch immer in Frage gestellt sei. Dieser  
Umfund bedinge entweder weiteren Lohnabbau oder eine weitere  
Verlängerung der Arbeitszeit. Von den Arbeitervertretern wurde  
jede Diskussion über weitere soziale Verbesserungen abgelehnt.  
Ferner wurden für die unbesetzten Reviere Lohnforderungen ange-  
meldet, deren Höhe noch nicht benannt wird.

Das Ortsrat Berlin des I.D.A.-Bundes bittet und anlässlich  
eines besonderen Vorkommens darauf hinzuweisen, daß von ihm  
offiziell Veröffentlichungen, Kundes oder Bekanntmachungen ge-  
zeichnet werden „Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsrat  
Berlin“ oder „I.D.A.-Bund, Ortsrat Berlin“. Sollte es für not-  
wendig gehalten werden, in besonderen Fällen Namensunterschriften  
hinzuzufügen, so kommen nur die der beiden Vorstehenden Flatau  
und Wegzow in Betracht. Alle andere angezeigten Verlaut-  
barungen gehen nicht von der Leitung des Ortsrats aus, die  
für solche dann auch nicht die Verantwortung übernimmt.

Streik bei der Knorr-Bremse. Gestern morgen sind bei der  
Firma Knorr-Bremse in Lichtenberg, Neue Bahnhofsstr. 9-17, etwa  
2000 Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.  
Der Rest von 1500 Arbeitern ist noch tätig, doch wird auch bei ihnen  
mit der Arbeitsniederlegung gerechnet.

Achtung, Eisengießer Ludwig Coe! Die Arbeit wird mit  
der Kammsicht heute abend, der volle Betrieb morgen Freitag,  
früh 7 Uhr, wieder aufgenommen. Der Betriebsrat.

Achtung, Bauarbeiter! Die Kollegen der Stadt- und Gips-  
bauarbeiter befinden sich seit dem 1. April in einem ihnen auf-  
gezwungenen Streik. Jede unter unserem Tarifvertrage stehende  
Arbeit, wie Stadtarbeiten, Kalksack-, Mörtel- und Zementdrabputz-  
sowie Blattenarbeiten haben zu ruhen. Alle Arbeiten dieser  
Art, welche während des Streiks ausgeführt werden, sind Streik-  
arbeiten. Wir ersuchen alle Bauarbeiter, darauf zu achten  
und jeden vorkommenden Fall im Streikbureau, Engelfuter 2/26,  
Tel. Moritzbu 4943 91, sofort zu melden. Die Streikleitung.

**Achtung, Bergmann, Rosenhäll Freitag nachmittag 5 Uhr in  
Schneiders Restauration (Berlinerstr. 23) Arbeiter und Bau-  
arbeiter. Tagesordnung: Die Arbeiterkraft und die Reichstagswahl.  
Referent: Genosse Franz Kändler. Compatisierende Person eingeläutet  
werden. Parteiausweis legitimiert. Der Parteiauswand.**

**Deutsche Rednerkreise. Heute (Donnerstag) nachmittag 10 Uhr im Lokal  
von Coenen Streikvereinsammler. Einlass frei. Familienmitglieder im Pflicht.  
Die Streikleitung.**

**Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Charlottenburg 1. Sitzung am  
4. April Berliner Str. 105.**

**Zentralverband der Angestellten. Sonntag, Reinen- und Kleiderhoff-  
großhandel: Freitag nachmittag 5 1/2 Uhr Streikvereinsammlung in den  
Sorbien-Gallen (Weißer Saal), Sophienstr. 17-18.**

Verantwortlich für Vollzug: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Caterina;  
Gewerkschaftsbewegung: H. Scharf; Familien: Dr. John Schmitt; Preises  
und Sonstige: Fritz Kändler; Anzeigen: H. Glaser; Familien in Berlin.  
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei  
und Verlagsanstalt Real Sinner u. Co. Berlin S.W. 68. Einbande 2-4.  
Hierzu zwei Zeitungen und „Aussenblätter“.

**Achtung! Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Achtung!**  
Donnerstag, den 3. April 1924, abends 7 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36 b1  
**Wichtige Funktionärkonferenz.** Die Stellungnahme zur jetzigen Lage im Eisenbahnbetrieb.  
Jeder Funktionär muß erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Leciferrin** Nervenstärkend blutbildend  
Schwächezustände, Verlust von Kraft und Energie  
Galenus, Chemische Industrie G. m. b. H., Frankfurt a. M.





# Wirtschaft

## Reichsindex unverändert.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 31. März, wie in der Vorwoche, das 1,07 billionenfache der Vorkriegszeit.

Auch für den Durchschnitt des Monats März berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,07 billionenfache. Gegenüber dem 1,04 billionenfachen im Durchschnitt des Monats Februar ergibt sich eine Steigerung von 2,9 Proz. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt März das 1,20 billionenfache der Vorkriegszeit.

Vom laufenden Monat ab wird die Preisfeststellung regelmäßig wieder am Mittwoch jeder Woche vorgenommen und die Reichsindexziffer am Sonnabend veröffentlicht werden.

## Vom Arbeitsmarkt.

### Sandesarbeitsamt Berlin:

Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes hat sich hauptsächlich für Fachkräfte sowie für jugendliche und weibliche Personen gesteigert. Durch die feste Grundlage, die die Wirtschaft infolge der Stabilisierung der Währung und anderer Momente erhalten hat, steht in Handel und Industrie der Wettbewerb in erhöhtem Maße ein. Dieses erfordert wiederum eine Umstellung des Geschäftslebens, die auch in dem Ausleben der Reklame ihren Ausdruck findet. Für das Berufsberatungsgewerbe und für Schildermaler ist namentlich dieser Umstand eine günstige Rückwirkung aus. Gleichfalls tritt dieses in erhöhter Anforderung von Provisionisten, sowie in dem Bedarf an Dekorateurinnen und Buchschreibern für das Handlungsgewerbe in Erscheinung. Auch auf die Inneneinrichtung der Geschäftsräume wird wieder mehr Wert gelegt, so daß unter anderem im Holzgewerbe auch in der Branche der Bureauöbel und Geschäftseinrichtungen wieder bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Durch Eintritt milderer Witterung machen sich im Baugewerbe und für Erdarbeiten allmählich Anzeichen einer Besserung bemerkbar. Der Landwirtschaft konnte durch zwischenzeitlichen Ausgleich eine große Anzahl Kräfte zugeführt werden, so daß auch dadurch der Arbeitsmarkt wieder entlastet wurde.

Insgesamt hat die Zahl der Arbeitssuchenden und Unterstützungsempfänger weiter abgenommen. Es waren 151.810 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 163.286 der Vorwoche. Darunter befanden sich 120.209 (127.365) männlich und 31.601 (35.921) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 71.633 (81.905) männliche und 12.935 (15.774) weibliche, insgesamt 84.568 (97.679) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Hilfsarbeiten Ueberwiesenen betrug 5182 gegen 5737 der Vorwoche.

In der Landwirtschaft hält die Nachfrage nach vorgebildeten Kräften an. Besonders großer Bedarf besteht an Pflanzmännchen, die nicht in allen Fällen gedeckt werden konnte. Eine starke Belebung macht sich auch in den Handel- und Landwirtschafsgärtnereien bemerkbar. Es besteht Mangel an Binderinnen.

Auch in der Industrie der Steine und Erden hat sich der Beschäftigungsgrad erhöht, besonders für Steinmehnen der Wärmobrände.

Bei gesteigerter Vermittlungstätigkeit in der Metallindustrie blieb die Nachfrage unter anderem nach Figurenschneidern, Klempnern auf Latschgeräte, Stahlstichgraveuren, Schrauben- und Revolverdreherinnen, Lötlern und Montierern wegen Mangel an eingearbeiteten Kräften ungedeckt.

Im Spinnstoffgewerbe und in der Zellstoff- und Papierherstellung und -verarbeitung blieben die Beschäftigungsmöglichkeiten gut.

Auch in der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe, in der es an ersten Kräften aus der Roffrbranche, an Portieullehnen und Postlerinnen mangelt.

Im Nahrung- und Genussmittelgewerbe steht die Konfitüren-, Konditorei- und Tabakbranche im Zeichen einer guten Konjunktur. Auch für Brauer hat sich die Lage wieder gebessert.

Unverändert günstig blieb die Lage im Bekleidungs- gewerbe, einschließlich des Fußgewerbes. In allen Zweigen mangelt es an geübten Kräften.

### Brandenburgisches Slandesarbeitsamt:

Die Arbeitsmarktlage erfährt in der Berichtswoche eine weitere leichte Besserung. Der Beschäftigungsgrad ist in allen Industrie- und Gewerbebezügen im Steigen begriffen. Besonders brachte der günstige Witterungsumschlag eine rege Vermittlungstätigkeit für Tuchenarbeit.

Vom bergbaulichen Arbeitsmarkt ist nichts Günstiges zu berichten. Es finden wohl bei einigen Gruben Neueinstellungen statt, aber dafür werden auch Entlassungen bei anderen Gruben vorgenommen.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe fand eine recht rege Vermittlungstätigkeit statt. Besonders aufnahmefähig war die Möbelindustrie. Infolge der günstigen Witterung war die Nachfrage nach Bauhandwerkern sehr lebhaft. Maler werden besonders dringend verlangt. Auch der Geschäftsgang in der Sommerfelder Steinzeug- und Ofenindustrie beginnt sich merklich zu bessern. In den Zementfabriken wurden mehrere Neueinstellungen vorgenommen. Für die Ziegeleien wurden in kleinerem Umfange Arbeitskräfte angefordert. Nachdem die Gewässer nennlich eisfrei geworden sind, setzt auch die Binnenschifffahrt langsam ein.

Übertragung der Schuldenverwaltung auf das Reich. In dem Neubau in der Dranienstraße 106/109 fand am 1. April die Überleitung der Preussischen Staatsschuldenverwaltung, die bisher die Reichsschulden mit verwaltete, auf die nunmehr als selbständige Behörde begründete Reichsschuldenverwaltung statt. Eine besondere Reichsbehörde war bisher unterbehrlich gewesen, solange die Reichsschulden im Verhältnis zu den preussischen Staatsschulden gering waren. Seit der gewaltigen Zunahme der Reichsschulden infolge des Krieges und seit der Uebernahme der Länderschulden infolge der Verreichlichung der Eisenbahnen hat sich das Verhältnis ins Gegenteil verändert. Dies hat jetzt dazu geführt, daß die Preussische Hauptverwaltung der Staatsschulden als selbständige Behörde nach mehr als 100jährigem Bestehen aufgelöst worden ist und ihre Beamten, soweit sie nicht infolge der Abbauvorschriften ausgeschieden sind, an die neue Reichsbehörde abgegeben hat, welche fortan unter der Bezeichnung Preussische Staatsschuldenverwaltung die Geschäfte der Verwaltung der preussischen Staatsschulden führt.

Herabsetzung von Börsenumsatzsteuer und Effektenprovision. Der Reichsfinanzminister hat die Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer für Dividendenwerte und Wertanleihen für Kundengeschäfte auf 1,5 vom Hundert und für Händlergeschäfte auf 4 vom Tausend davon abhängig gemacht, daß auch die Effektenprovision der Banken auf die Hälfte des bisher geltenden Satzes herabgesetzt wird. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat dem Reichsfinanzministerium nunmehr mitgeteilt, daß die in Betracht kommenden hiesigen und auswärtigen Bankvereinigungen sich mit der gedachten Herabsetzung der Provision einverstanden erklärt haben. Die Provisionsherabsetzung soll gleichzeitig mit der Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer, also voraussichtlich mit dem Beginn der nächsten Woche, in Kraft treten, sofern die entsprechende Verordnung des Reichsministers der Finanzen bis dahin ergangen ist.

Zahlungseinstellung einer Frankfurter Bankfirma. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, hat die Hanfabank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. sich genötigt gesehen, die Geschäftsaufsicht zu beantragen. Durch ungerichtete geschäftliche Maßnahmen des Leiters der Offenbacher Filiale, der weit über seine Befugnisse hinaus an zahlreiche Offenbacher Industrielle Kredite erteilt hat, ist bei der Offenbacher Filiale und damit bei dem Gesamtinstitut eine so starke Liquidität eingetreten, daß die Weiterführung der Geschäfte gegenwärtig nicht mehr in Betracht kommt. Bei dem Institut bestehen Verpflichtungen in Höhe von 400.000 Mark.

Auslandszahlungsmittel im Inlandsverkehr. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Inlandsverkehr vom 21. Dezember 1923 wird bis zum 15. Mai 1924 verlängert.

## Aus der Partei.

### Kandidatenaufstellung.

Die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West hielten am Sonntag ihren Bezirkstag ab. Genosse Dietmann als Vertreter des Parteivorstandes legte in mehrstündiger Rede die Politik und Ziele der Sozialdemokratie dar, unter besonderer Berücksichtigung der politischen Konstellation im Reichstage. Im Anschluß an das Referat des Gen. Dietmann beschloß der Bezirksparteitag einmütig, keine Diskussion über das Referat abzuhalten. — Hierauf erfolgte die Vor-

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.			
Gerstengraupen, lose	16,00—17,25	Malskaffee, gepackt	23,00—25,00
Gerstengraupen, lose	16,00—17,00	Röstgetreide, lose	16,00—17,00
Haferlocken, lose	15,75—16,00	Kakao feinstarm	100,00—125,00
Hafergrütze, lose	16,00—16,50	Kakao, leicht entölt	127,00—152,00
Ro-gemehl 0/1	12,75—14,00	Tea, Souchon, gepackt	250,00—420,00
Weizengraupen	15,00—18,50	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartgeröll	27,00—25,50	Inlandszucker basis mt.	46,00—42,50
7,5% Weizenmehl	14,50—16,00	Inlandszucker Raffinade	42,50—44,50
Weizen-Auszugmehl	17,00—21,00	Zucker Würfel	46,00—48,00
Speiserebisen, Viktoria	19,00—22,75	Kunsthonig	36,00—40,00
Speiserebisen, kleine	14,00—17,00	Zuckersirup hell in Elm	49,00—
Bohnen, weiße, I. Art	29,25—24,00	Zuckersirup dunkel in Elm	33,50—35,00
Langbohnen, handverles.	31,00—32,50	Min. melade Eintr. Erab.	108,00—120,00
Linsen, kleine	36,50—42,00	g.m. ade Vierfrucht	49,00—48,00
Linsen, mittel	36,50—42,00	Pflaumenmark in Eimern	45,00—48,00
Linsen, große	43,00—49,50	Steinsalz, lose	3,50—3,90
Kartoffelmehl	16,00—18,00	Sedessalz, lose	4,00—4,60
Makkaroni	46,00—43,00	Bravenschmalz in Tierces	66,50—
Makkaronimehl	36,00—37,50	Bratenschmalz in Kübeln	67,50—68,00
Schnittmehl, lose	29,00—25,00	Purelard in Tierces	66,00—
Bruchreis	15,25—17,50	Purelard in Klitten	67,00—67,50
Rauocon Reis	17,00—19,50	Speisestärke in Packung	46,00—50,00
Tafelreis, glasiert, Patna	21,00—31,00	Speisestärke in Kübeln	46,00—49,00
Tafelreis, Java	31,00—36,00	Margarine, Handelsm. I. destil II.	56,00—
Rinapfel, amerik.	100,00—105,00	Margarine, Handelsm. I. destil I.	48,00—52,00
Qetr Pflaumen 60/100	43,00—48,00	Molkereieruter I. Fässern	170,00—
Pflaumen, entsaftet	55,00—60,00	Molkereieruter in Pack.	175,00—
Cal. Pflaumen 60/15	80,00—85,00	Landbutter	140,00—149,00
Rosinen in Klitten, Candia	75,00—95,00	Auslandbutter in Fässern	175,00—
Sultananen Carabarna	85,00—99,00	Auslandbutter in Packg.	175,00—
Korinthen, choice	80,00—85,00	Corned beef 12-6 lbs p. K.	35,00—36,00
Mandeln, süße Bari	14,00—160,00	Speck, geräuchert, fett.	62,00—67,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Quadratkase	30,00—40,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Quarkkäse	35,00—50,00
„Kümmel, holländischer	155,00—165,00	Milch, steril. vollfett	120,00—125,00
Schwarzer Pfeffer singap.	103,00—111,00	Rohkaffee Brasil	185,00—215,00
Weißer Pfeffer	135,00—145,00	Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00
Rohkaffee Brasil	185,00—215,00	Rostkaffee Brasil	240,00—290,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Rostkaffee Zentralam.	320,00—400,00
Rostkaffee Brasil	240,00—290,00		
Rostkaffee Zentralam.	320,00—400,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

nahme der Aufstellung der Liste der Reichstagskandidaten. Für den Wahlkreis Düsseldorf-West wurde als Spitzenkandidat der preussische Ministerpräsident Otto Braun, Berlin, nominiert. In zweiter Stelle kandidiert Hans Thabor, Krefeld. Die weiteren Kandidaten für diesen Wahlkreis sind: Ernst Müller, Duisburg, Frau Kühn, Hamburg, Gen. Schleich, M. Glabbach, Gen. Knops, Boch., Gen. Eskes, Dinslaken. Für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost: An 1. Stelle Gen. Limberg, Essen, an 2. Stelle Genossin Lore Agnes, Düsseldorf; ferner Gen. Heinrich Jäger, Düsseldorf, Gen. Bick, Solingen, Otto Braß, Remscheid, Paul Sauerbrey, Ohligs, Oskar Hoffmann, Eberfeld.

In seinem Schlusswort bezeichnete Gen. Bertens es als unsere dringende Aufgabe, einmütig und geschlossen für die nunmehr aufgestellten Kandidatenlisten einzutreten, alle Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und alle Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie einzusetzen. Die lebhafteste Zustimmung zu diesen Ausführungen bewies, daß der Parteitag sich seiner Aufgabe für die Zukunft bewußt ist.

## Der Wunsch der Vater des Gedankens.

Vom Bezirksvorstand der SPD. im Bezirk Zwickau-Plauen wird uns geschrieben:

„An der ‚Roten Fahne‘ vom 30. März wird dem Parteivorstand der SPD. Schwindel vorgeworfen. Die Begründung für diesen Vorwurf sieht die ‚Rote Fahne‘ in der Behauptung, daß der Bezirk Zwickau-Plauen der SPD. im Jahre 1923 nicht weniger als 15 Proz. seiner Mitglieder eingebüßt hat. Diese Behauptung der ‚Roten Fahne‘ ist purer Schwindel. Die Sozialdemokratie im Bezirk Zwickau-Plauen hat bis zum 1. Oktober 1923 ständig an Mitgliedern zugenommen, in dem Quartal von Juli bis Ende September allein 1200 Mitglieder. Erst nach dem 1. Oktober hat die Partei in unserem Bezirk durch die Auswirkungen der Reichsreferate, die riesengroße Arbeitslosigkeit und die Inflation rund 8000 Mitglieder verloren, was ungefähr einer Einbuße von 10 Proz. gegenüber den letzten Zahlen vom 30. September 1923 bedeutet. Dieser Verlust von 10 Proz. ist aber bereits wieder im ersten Quartal des neuen Jahres durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse so gut wie wettgemacht. Wir möchten diese Feststellung nur, um an diesem einen Beispiel nachzuweisen, mit wie leichtfertigen Behauptungen die ‚Rote Fahne‘ arbeitet.“

## Die endgültige Kandidatenliste im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Nachdem die Bezirksparteitage der Partei in Zwickau und in Chemnitz ihre Kandidaten nominiert haben, ist inzwischen nach Verhandlungen der beiderseitigen Bezirksvorstände die endgültige Feststellung unserer Kandidatenliste erfolgt. Die Reihenfolge der Kandidaten ist die folgende: 1. Heinrich Siebke, 2. Max Seydewitz, 3. Bernhard Kubitz, 4. Dr. Paul Seel, 5. Daniel Stücken, 6. Hermann Wolfenbuhl, 7. Postsekretär Emil Weiße, 8. Georg Graupe, 9. Fritz Siegel.

### Wilhelmine Köhler.

Heute wird eine Frau, die unseren tätigen Genossen keine Unbekannte ist, sechzig Jahre alt. Wir sind es der Kampferin, die ein halbes Menschenalter in der Arbeiterbewegung steht, schuldig, an diesem Tage ihren Lebensgang zu würdigen. Wilhelmine Köhler entstammt einer hiesigen Arbeiterfamilie in Kellinghufen in Nothain, wo sie lebt, nachdem ihr Lebensschicksal sie durch das ganze Land geführt hat, ein schönes Tätigkeitsgebiet gefunden hat. Sie war schon in ihrer Kindheit mitarbeiten müssen, auch nur Gelegenheitsarbeit, die dreiklassige Volksschule in Kellinghufen zu besuchen.

Angeregt durch Dittes von Bittencron, in dessen Haus sie als junges Mädchen einige Jahre lebte, arbeitete sie fleißig an ihrer Weiterbildung. Nach ihrer Verheiratung lebte sie in Hamburg. Hier kam sie noch sehr jung in die Arbeiterbewegung. Sie war erst 23 Jahre alt, als sie in Hamburg bei dem großen Streik der Igarrenarbeiter den ersten Vortrag hielt. Seitdem findet man ihren Namen überall wieder in der Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung und der Gewerkschaftsbewegung. Sie ist Begründerin und Zentralvorsitzende des Verbandes der Fabrik- und Handarbeiterinnen gewesen und war Jahre hindurch das einzige weibliche Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Parteischule in Berlin gab ihr Gelegenheit, ihre politischen Kenntnisse zu vertiefen. Lange Jahre war sie Herausgeberin der „Sozialdemokratischen Arbeiterkorrespondenz“ und Redakteurin des Zentralorgans des Verbandes der Hausangestellten. 1919 wurde sie von der Provinz Ostpreußen in die Nationalversammlung gewählt. Sie hat dann noch eine Zeitlang dem ersten Reichstage der Republik angehört. Bis vor kurzem hat sie an verschiedenen Stellen im Reichswirtschaftsministerium, im Deutschen Zentralauschuß für die Auslandshilfe als Referentin gearbeitet und ist durch diese Tätigkeit einem großen Kreise von Menschen bekannt und wert geworden.

Seit kurzem hat sie in ihrer Heimatstadt Kellinghufen ein neues Feld der Tätigkeit gefunden, und wir wünschen Wilhelmine Köhler, daß ihr auch diese Arbeit für den Rest des Lebens die Befriedigung gibt, die sie bei dem Rückblick auf ihr arbeitsreiches Leben sicher gewinnt.

Der gesunde Bohnenkaffee-Erzeuger.  
Für jeden Haushalt

# Mofasan

**4 Pfg.**

**Kawolli Diva**

gehört mit zu den besten Erzeugnissen der deutschen Zigaretten-Industrie... Eine köstliche Zigarette von hervorragender gleichbleibender Qualität

ERICH LÖDGE

# Unter



## Das ist eine Leistung

die uns so leicht keiner nachmachen dürfte.

Zweifellos wird denn auch ein gewaltiger Ansturm nach diesen Kleidungsstücken einsetzen wie auch nach den vielen hundert anderen - alle unter 20,- die in unseren Verkaufsräumen Ihrer harren.

Kommen Sie also frühzeitig und sichern Sie sich das IHRE!

Königstr. 33  
Am Bahnhof Alexanderpl.

Chausseesir. 113  
Beim Stettiner Bahnhof  
(Untergrundbahnstation)

# C & A

Feather  
Covercoat-Mantel  
mit dem modernen  
Schlauchragen und in-  
teressanter Fälsch-  
gestaltung.

mit 15<sup>00</sup>

Höhliches  
Cheviot-Kleid  
mit dem so sehr begehrten  
Flüschragen und neu-  
artiger Tetsungverlebung.

mit 9<sup>75</sup>

Sehr Gottes  
Donegal-Kostüm  
in sportmäßiger Ver-  
arbeitung. Jacke ganz  
gefüttert.

mit 18<sup>00</sup>

Moderne  
Cheviot-Kostüm  
mit entzückender  
bunter Stickerei  
verzert und moder-  
nem Seitens-  
schluß vermittelt  
Bündschleife

mit 19<sup>75</sup>

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

<b>Theater, Lichtspiele usw.</b> <b>Staats-Theater</b> Opernhaus 7 1/2 Uhr: Jenufa Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Bajazet Alle u. neue Tänze Die rote Blume Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Minna von Barneim Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: Faust, I. Deutsch. Theater 7 Uhr: Der lebende Leichnam Kammerstücke 8 Uhr: Unsere kleine Frau Gr. Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: <b>Boccaccio</b> Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht Komödienhaus 8 Uhr: Zwei um eine Berliner Theater 7.30 Uhr: Das Weib im Porpur Theater am Nollendorfpplatz 7.30: Die Perlen d. Cleopatra Kleines Theater Tägl. 8 Uhr Die Gegenkandidaten Komödie v. L. Falsta Trianon-Theater Tägl. 8 Uhr Die nackte Tänzerin Lustsp. v. v. Lothar Residenz-Theat. Tägl. 8 Uhr Die junge Welt Komödie v. Weckling Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Robert und Bertram <b>SCALA</b> Tägl. 8 Uhr Internat. <b>VARIÉTÉ</b> Schatten-Wunder und Ausland- Sensationen	Th. im Admiralspalast Abendstück 7 1/2, 11 Drauf u. drüber Die Weisenaktion B. Wund. d. Schaffen Deutsch. Opernhaus 6 1/2 Uhr: Die Walküre Rodé, Laubenthal Fortner, Leisner Große Volkoper im Theat. d. Westens 7 1/2 Samson u. Dalila Intimes Theater 8: Crèpe Georgette usw. Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Karneval der Liebe von Walt. Bromme Lot. Lenz, Ella Rhy, Otto Stern, Franz Siewisch, Fritz Seidel, E. Schönbauer Neues Theat. a. Zoo 7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Francesca Martha Serak Albin v. Rittersheim Theater d. Komödiendirektor U. Das Radiomodel Kurt Vespermann Edith Karin Wallner-Theater 7 1/2 Uhr: Madame Pharao Ermäßigte Preise! Große Volkoper im Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Samson u. Dalila Täglich 7 1/2 Uhr <b>Kammer-Oper</b> Lützow str. 112 Regie: Dr. Georg Drescher - Max. Leff.   Dr. Ludwig M. Täglich wechselnder Spielplan! <b>Neues Operetten-Th.</b> Täglich 7 1/2 Uhr <b>Die Guido Thielscher</b> verlegte <b>Nacht</b> Schwan! L. B. H. v. Franz Arnold u. Ernst Bach. Das Päck - Cabarett - Cabaret - Sibyl Molowa Camilla Spira - Vicky Tutzsch - Heinz es M. view - Leo Pankert - Berthold Kullig.	Central-Theater Direktion: Karl Heinz Wolff Alte Jakobstr. 30-32 (alte Lohndamm) Täglich 8 Uhr <b>Der dumme August</b> Musik von Rod. Gfeller
---	--	--

## Bei jeder Wäsche

ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.

# Henfo

Henfos Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte und übertrifft alle anderen. In einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

## unerlässlich!

FREIBURGER VOLKSPASSION IN BERLIN

### Große Deutsche Passions-Festspiele

unter persönlicher Leitung und Mitwirkung des berühmten Christus-Darstellers  
**G. A. Jahnach**  
 aus Wien

Ab 2.-21. April 1924  
 täglich Beginn 7<sup>00</sup>  
 Außerdem am 5., 6., 9., 12., 18., 17., 19., 20., 21. nachmittags 3<sup>00</sup>

2000 Mitwirkende  
 Kartenvertrieb von 3 R. an bei Wertheim, Boie & Co., Invalidenbank, Mittel-europäisches Reisebüro

AUSSTELLUNGSHALLEN AM KAISERDAMM

<b>Casino-Theater</b> Lothringer Str. 37, Tägl. 8 Uhr Trotz d. gr. Erfolges nur noch 6. 11. April Die Mail vom Stiefhof Peter-Schwarz und 1. Mal: Pummels Martha Hof. Füllstück in 4 Akte	<b>Walhalla</b> Theater Weinbergsweg Tägl. 7 1/2 und Sonntag, nachm. 3 Uhr 15 Welt- attraktionen	<b>Wien-Berlin</b> Das größte Programm! <b>10 Schlager</b> Sonntag, Nachmittags Vorstellung Samstag 4 U. Die bekannte warme und kalte Küche. Achtung! Kassemitglieder! Achtung! In der letzten Woche sind folgende Um- buchtungen neu eröffnet worden: N. Arkonaplatz 5 Britz, Gradestr. 4 N. Ofener Str. 12 Schmargendorf, Spandauer Str. 40 Siemensstadt, Siemensstr. 34-35 Spandau, Askanierring 170 Wilmersdorf, Kaiserallee 173a In Vorbereitung sind die Ambulatorien: Mariendorf   Steglitz Tempelhof Sprechstunde, tägl. v. 9-12 u. 4-6 uhr. Sonntag Verband d. Krankenkassen   Betriebskrankenkassen im Bezirk des Querver-   Verband Berlin u. Nach- sicherungsamtes Berlin   barten v. V.
<b>Theater am                  Kottbuser Tor</b> Kottbuserstraße 6 Täglich 7 1/2 und Sonntag, nachm. 3 Uhr <b>ELITE-SÄNGER</b> in neuer Besetzung mit  ALEX STAMER dazu d. feibelhafte April Programm	<b>Reichshallen-Theater</b> Täglich 8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr <b>Stettiner                  Sänger</b> Komposition im Wym <b>Dönhoff-Brettel</b> Anfang 8 Uhr jeden l. u. 16. neues Programm! <b>Zischlerei,</b> 100-200 Quadratmet. modern eingerichtet. zu kaufen gesucht. Offert mit „F. R.“ Robt. Künze, Egg. Rastattener-Str. 5.	<b>Apollo-Theater</b> Täglich 7 1/2 Uhr <b>Die Abenteuerin</b> Stolzenberg Hesterberg, Grete Sellin, Sabo, Hirsch (vom Staatstheater), Kistenmacher Sonntag nachm. 3 Uhr. Johannisfeuer
<b>Trabrennen                  Mariendorf</b> Donnerstag, den 3. April 2 Uhr Wichtig für alle Frauen, Mädchen und Männer! Letzter wissenschaftlich Lichtbildvortrag in den Döbersteinen, Kaiserstr. 112, morgen, Freitag, 4. April, 8-9 Uhr, 8 Uhr <b>Der lenkbare Storch über                  das Eheleben der Zukunft</b> Die Bevölkerungskrise gelöst, das kommende Zweittausendjahr u. s. w. nach dem Entwurf Prof. Dr. Robert erklärt von dem Physikal. Doktor Dr. Robert Siehe Aufschlagzettel!	<b>BLUTARMEN u. KRANKEN</b> ärztlich empfohlen reiner süßer Stärkungs- Wein <b>Santa Lucia</b> Käuflich in Apotheken, Drogen und Delikatessgeschäften. 34 Mit seit 8 Jahren ein geliebtem Waisling mit süßlichem <b>Geist                  Ojübens</b> Durch ein halbes Stüd Zucker's Patent - Medizinal - Säfte habe ich das Abet völlig beseitigt S. S. Wolff-Berg. Dazu Zucker- creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich	

Der preisgegebene Sozialismus.

Als Sprecher der Industriegewaltigen, der schärfsten und rücksichtslosesten Matabore des Klassenkampfes, ja des Klassenhasses gegen die aufstrebende und um Gleichberechtigung ringende Arbeiterchaft, verlangte Dr. Bögler auf der Tagung der Industrieherrn, der Staat solle „das Volk vom sozialistischen Bann frei machen“.

„Irgendwelche sozialistischen Experimente kommen zudem heute ernstlich überhaupt nicht in Frage. Die Sozialdemokratie selbst hat, im Gegenteil in den verschiedenen Parlamenten in den Abbau vergesellschafteter Betriebe und in eine Umwandlung derselben in privatwirtschaftlich geleitete Unternehmungen eingewilligt.“

Diese geistreiche Bemerkung ist genau so tiefinnig, als wenn man von der Sozialdemokratie sagen würde, sie habe erfreulicherweise wider Erwarten irgendwelchen wichtigen technischen Neuerungen zugestimmt.

Schwerindustrie und Völkische.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das große Organ der Schwerindustrie im Westen, veröffentlicht an der Spitze ihrer Mittwoch-Morgenausgabe einen Artikel, in dem die völkische Bewegung begrüßt wird.

„Die letzten Wahlen haben bereits erwießen, daß besonders in der Arbeiterschaft der Zug zum völkischen Gedanken stets stärker sich bemerkbar macht; schon um deswillen ist die Bewegung von großer Bedeutung — baut sie doch für die bisher in sozialistischem und kommunistischem Phrasennebel umfargenen neue Brücken zum Gemeinschaftsgedanken, der nicht wie etwa der Streikemann'sche ein breites Dreinackersehen aller Bestimmungselemente in einen Riesenkompromiß ist, sondern der bewußte Anknüpfen an die deutsche Schicksalsgemeinschaft ohne Aufgabe des eigenen Selbst.“

Die Schwerindustrie braucht die völkische Bewegung, um die Arbeiterschaft von der Vertretung ihrer Interessen gegen die Schwerindustrie abzuziehen.

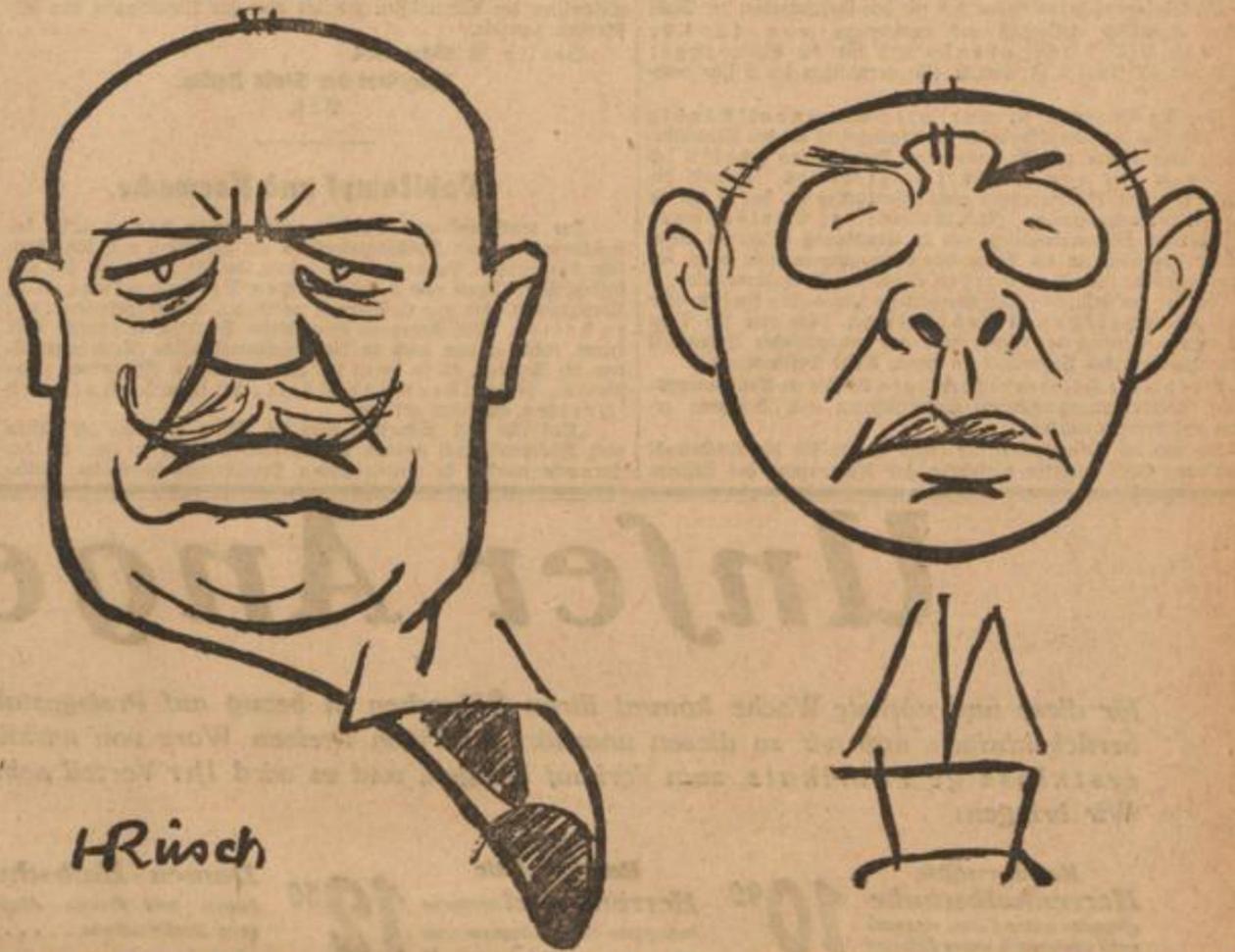
Der Weg zum Rechtsblock.

Wegenseitige Fühlungnahme.

Das Parteiensystem, dem die deutsche Sozialdemokratie gegenübersteht, ist nichts Festes, Abgeschlossenes. Wohl ziehen im Wahlkampf alle bürgerlichen Parteien die Parteigrenzen so scharf als möglich — aber für die politischen Möglichkeiten der Zukunft läßt sich aus der scharfen Abgrenzung während der Wahl nichts erkennen.

„In diesem Ziele wird von allen Seiten her im bürgerlichen Parteiensystem bewußt gearbeitet. Mag auch der Wahlkampf zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen heftig geführt werden — über die scharf betonen Parteigrenzen hinweg strecken sich Führer einander entgegen.“

Flucht in den Reichstag.



HRusch

Ludendorff und Pöchner, Reichstagskandidaten der Völkischen, groß in putschistischen Heldenposen gegen den Parlamentarismus, flüchten unter die schützenden Fittiche parlamentarischer Immunität

Stegerwald im Zentrum. Diese Hoffnungen kommen stark zum Ausdruck in einem Artikel, den die „Deutsche Tageszeitung“ von gestern abend Herrn Stegerwald widmet.

Wir nehmen nicht an, daß es sich der „Deutschen Tageszeitung“ lediglich darum handelt, Agitationsmaterial für den Wahlkampf gegen das Zentrum auf diesem Wege zu erhalten.

Auch ein Ketter.

Die Republikanische Partei des Herrn Ketter hat in Magdeburg eine öffentliche Wahlversammlung veranstaltet.

„Man werde nicht eher wieder ein wirklich politisches Parlament bekommen, ehe nicht das Geschmeiß der Syndikati und der kurzströmigen Gewerkschaftsböngzen aus dem deutschen Reichstag herausgemorden worden sei.“

Die Zusammenstellung von Unternehmerböngzi und Gewerkschaftsbeamten ehrt Herrn Ketter. Sie zeigt, wie traurig wenig er von der deutschen Arbeiterbewegung versteht.

Das Zentrum in Bayern.

Nachdem der auf ein Einvernehmen mit der Bayerischen Volkspartei für die Reichstagswahlen hingeliefende Vorschlag in der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz abgelehnt worden ist, hat die Reichsparteileitung der deutschen Zentrumspartei beschlossen, in allen vier bayerischen Reichstagswahlkreisen eigene Zentrumskandidaten aufzustellen.

Die Christlich-Soziale Partei, die Organisation der abgesplitterten Zentrumsarbeiter, stellt ebenfalls ihre Kandidaten auf. Das Zentrum versucht, keine Schwächung durch das Ausscheiden der Bayerischen Volkspartei im Kampfe gegen die Bayerische Volkspartei wieder wettzumachen.

Stimmordnung für Berlin.

Der Berliner Magistrat erläßt eine Bekanntmachung, betreffend die Neuwahlen zum Reichstage im Gesamtgebiet der Stadt Berlin.

Maggebend für die Wahl sind nachstehend aufgeführte gesetzliche Anordnungen:

Die Abstimmungszeit dauert von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. In Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die zur Abgrenzung der Stimmbezirke zuständige Behörde die Abstimmungszeit abkürzen.

Ausgeschlossen vom Stimmrecht ist: 1. wer entmündigt oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, 2. wer rechtskräftig durch Nichterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht nur für die Soldaten der Wehrmacht, solange sie ihr angehören. Zu den Soldaten zählen die Mannschaften, Unteroffiziere, Deckoffiziere sowie die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks-, Festungsbau- und Zeugoffiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag fünf- bis zwanzig Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist.

Einen Stimmschein erhält auf Antrag 1. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste eingetragen ist, 1. wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält; 2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt; 3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen; 11. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste eingetragen oder darin gestrichen ist, 1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist veräußert hat; 2. wenn er wegen Ruhens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist; 3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist die Gemeindebehörde des Wohnorts. Den Grund zur Ausstellung eines Stimmscheins

Schlicht die Mülle.

aber echt und edel der Inhalt! Dies sind die bewährten Eigenschaften der frischen, guten MASSARY-Zigaretten.

Kleine Massary 2/8 Urteilen Sie selbst!

fcheins hat der Antragsteller auf Erfordern glaubhaft zu machen. Lieber seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme des Stimmzeichens muß er sich gehörig ausweisen. Die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Stimmzettelkarten wird im Gesamtgebiet der Stadt Berlin am zweiten Tage vor dem Abstimmungstage — d. i. am 2. Mai 1924 — geschlossen.

Die Stimmzettel liegen laut Bestimmung des Herrn Preussischen Ministers des Innern vom 6. April 1924 ab acht Tage lang, d. h. also bis zum 13. April d. J. einschließlich, öffentlich aus.

Die Auslegungszeiten haben wir für das Gesamtgebiet der Stadt Berlin einheitlich festgesetzt auf wochentags von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends und für die Sonntage: den 6. und 13. April d. J., von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Wer die Stimmzettel für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde oder einem von ihr ernannten Beauftragten schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Stimmberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Stimmzettel aufgenommen oder darin gestrichen werden. Als Wohnort im Sinne der Reichsstimmordnung gilt der Ort, an dem der Stimmberechtigte keinen Wohnsitz oder keinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ein nur für Tage oder wenige Wochen besserer oder nur gelegentlicher Aufenthalt ist kein gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne dieser Bestimmung.

Welche Stimmerechtigkeitsbescheinigungen, Wahlprüfscheine, Abstimmungsvorschriften, Schriftführer und Beisitzer ernannt und berufen werden.

Die uns im Gesamtgebiet der Stadt Berlin für die Reichswahl zustehenden Obliegenheiten hinsichtlich der Abgrenzung der Stim-

bezirke, der Entscheidung über Einsprüche gegen die Stimmzettel oder gegen die Verlegung eines Stimmzeichens, der Ernennung der Abstimmungsvorschriften und ihrer Stellvertreter und der Bestimmung des Abstimmungsraumes haben wir den Bezirksämtern je für ihre Sondergebiete übertragen. Die Bezirksämter werden die Auslegungssachen, die Zeit und Weise der Erhebung von Einsprüchen gegen die Stimmzettel, die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Abstimmungsräume sowie die Abstimmungszeit nach besonders Befragungen, auch — soweit möglich — gegen Erstattung der Auslagen Abschriften der Stimmzettel erteilen oder die Anfertigung von Abschriften zulassen.

Berlin, 28. März 1924.  
Magistrat der Stadt Berlin.  
S 8

### Wahlkampf und Karwoche.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hergt teilte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 24. März mit, daß sämtliche bürgerlichen Parteien bereit wären, die Zeit vom 13. bis einschließlich 21. April von öffentlichen Versammlungen zu Wahlreden oder zur Erörterung politischer Angelegenheiten frei zu halten. Auf Anregung einer dieser Parteien, so schreibt Herr Hergt, richte er nun auch an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Anfrage, ob sie bereit sei, dem erwähnten Abkommen zuzustimmen. Genosse Hermann Müller hat folgendes Antwortschreiben an Hergt gerichtet:

„Auf Ihr gef. Schreiben vom 24. März erwidere ich Ihnen nach Rücksprache mit meinen Parteifreunden das folgende: In der Karwoche werden in weiten Teilen Deutschlands öffentliche Volks-

versammlungen nicht möglich sein, weil es nicht gelingen würde, die gesamte Wählerschaft zum Besuch öffentlicher Volksversammlungen zu veranlassen. Eine gewisse Regelung im Sinne Ihrer Anregung dürfte sich so vielerorts von selbst ergeben. Meine Partei hat jedoch schwere Bedenken dagegen, in dem gesamten Deutschland die Zeit vom 13. bis 21. April von öffentlichen Versammlungen völlig frei zu halten. Wir können deshalb einer generellen Regelung, wie sie vorgeschlagen wird, nicht zustimmen. Wir müssen es den einzelnen Bezirken überlassen, zu entscheiden, ob sie auf Grund der Verhältnisse ihres Bezirks die angegebene Zeit von öffentlichen Versammlungen völlig frei halten wollen.“

### Kandidaturen.

Der Kreisverband Leipzig der Deutschen Demokratischen Partei stellte am Sonntag in Leipzig die Vorschlagsliste für die Reichstagswahlen auf. Als erster Kandidat auf der Liste steht der bisherige Vertreter des Wahlkreises, Professor Dr. Walter Goeß-Leipzig, an zweiter Stelle Oberpostsekretär Wilhelm Biermann-Leipzig.

**M. SCHULMEISTER**  
Hochbahnstation Kottbuser Tor  
**Frühjahrs-Ulster**  
H. 39, 48, 54, 65, 75, 90  
Imprägnierte Gabardine-Mäntel  
M. 84, 107, 130, 150

# Unser Angebot

für diese und nächste Woche kommt Ihren Wünschen in bezug auf Preisgestaltung außerordentlich entgegen, wenn Sie berücksichtigen, daß wir zu diesen unerhört niedrigen Preisen Ware von wirklichem Qualitätswert, darunter bekannte erstklassige Fabrikate, zum Verkauf bringen, und es wird Ihr Vorteil sein, wenn Sie uns an diesen Tagen besuchen.

Wir bringen:

**Randgenähte Herrenhalbschuhe**  
elegante spitze Form, ringsum weiß gedoppelt, gutes Erfurter Fabrikat . . . . . M.

**10<sup>90</sup>**

**Randgenähte Herrenstiefel** moderne halbspitze Form, ringsum weiß gedoppelt, vorz. verb. M.

**12<sup>50</sup>**

**Damen - Halbschuhe**  
hohen und flachen Absatz, gute Straßenschuhe . . . . . M.

**5<sup>50</sup>**

**Braune Dam. - Halbschuhe**  
mit fransös. Absatz in elegant. spitzer Ausführung o. Kappe M.

**12<sup>50</sup>**

**Braune Herrenhalbschuhe**  
elegante Rahmennahtführung, moderne halbspitze Form, weiß gedoppelt, schöne rotbraune Farben . . . . . M.

**14<sup>50</sup>**

**Braune Herrenstiefel** randgenäht, elegante halbspitze Form, ringsum weiß gedoppelt, gutes Erfurter Fabrikat . . . . . M.

**16<sup>50</sup>**

**Randgenähte Damen - Halbschuhe**  
bekannte erstklassige Fabrikate in prima Box calf u. Chevreaux, hübsche schlanke Formen . . . . . M.

**9<sup>50</sup>**

**Schwarze Kinderstiefel** kräftig, Rindbox, fest, Bööd. 36/39 M. 1.90 31/35 M. 2.50, 27/30 . . . . . M.

**5<sup>50</sup>**

**Braune Herrenhalbschuhe**  
randgenäht, in breiter amerikanische Form, prima Box calf mit Lederrücken . . . . . M.

**15<sup>50</sup>**

**Braune Pumps**  
und schwarze Chev.-Spangenschuhe mit fransös. Absatz in sehr geschmackvoller elegant. Ausführung . . . . . M.

**13<sup>50</sup>**

**Braune Damen - Halbschuhe**  
moderne spitze Form, halbhohen Absatz, schöne mittelbraune Farbe . . . . . M.

**9<sup>50</sup>**

**Braune Kinderstiefel**  
echt Chevreaux, hübsche Paßformen . . . . . M. 2.50, 27/30 M. 3.50, 25/26 . . . . . M.

**3<sup>90</sup>**

## „Der Schuhhof“

Inhaber Th. David

Berlin W9 Charlottenburg Spandau  
Linkstraße 11 Wilmersdorfer Str. 117 Breite Str. 22

**Schokoladen**  
in großer Auswahl!  
Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.  
**Paul Grindel**  
Dirksenstr. 47, nahe Bahnhof Zoo.

**Krause-Pianos** zur Miete  
Ansbacher Str. 1, nahe Kurparkstraße

**Auktion.**  
Am Donnerstag, Freitag u. Sonnabend um 11 Uhr, im Hotel „Kaiser“ eine freiwillige Auktion statt in der Hauswirtschaftliche Artikel meistbietend zum Besten der Armenverwaltung angetrieben.  
Versteigerer Antonius.

**Verkäufe**  
Reinmanns, Tafelmagen, Gemüchte preiswert. Auswahl. Wagner, Haberstraße nur 71, Hof, Rein Baden.  
Wählmaschinen extra billige Preise. Fabrik neuer Wählmaschinen erstklassiger Fabrikate. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Wählmaschinen mit voller Garantie. Eigene Reparaturwerkstatt. Wilder, Potsdamerstraße 109.  
Krause-Wählmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Dalbach, G. m. B. H., Friedrichstraße 52a, Berlin SW 26.

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Damenmäntel, Kindermäntel, Rockmäntel, Röcke, Hüte, Tücher, Capes, Regenmäntel, Herrenmäntel, Hüte, Taschentücher, Schuhschuhe, Gürtel, Wästen, etc.  
Herren- und Damenkleidung, Wäsche, etc.

**Schulzimmer, Cigarren, Breitwandige Anleimer, Spiegel, etc.**  
Schulzimmer, Cigarren, Breitwandige Anleimer, Spiegel, etc.

**Möbel**  
Bettstellen, Kastenbetten, etc.

**Wohlfühlmöbel, Kaminmöbel, etc.**  
Wohlfühlmöbel, Kaminmöbel, etc.

**Wohlfühlmöbel, Kaminmöbel, etc.**  
Wohlfühlmöbel, Kaminmöbel, etc.

**Musikinstrumente**  
Pianos, Klavier, etc.

**Kaufgesuche**  
Suche nach Möbeln, etc.

**Arbeitsmarkt**  
Arbeitskräfte gesucht, etc.

**Stellenangebote**  
Stellenangebote, etc.

**Vermietungen**  
Zimmer, etc.

**Verschiedenes**  
Verschiedene Artikel, etc.

**Gesucht**  
Gesucht, etc.

**Vertreter**  
Vertreter, etc.

**KLEINE ANZEIGEN**  
Kleine Anzeigen, etc.

**I. ZUSCHNEIDER**  
Herren-Wäschefabrik Wohlfeld, Leipzig, Gellertstraße 12/14